

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

SÖLDNER IM DIENST VON RUSSLAND/ELITE-RANKING 2020/PROTESTE NACH NAWALNYJS RÜCKKEHR

■ ANALYSE Söldner im Dienst autoritärer Staaten: Russland und China im Vergleich Julia Friedrich (Global Public Policy Institute, Berlin) & Niklas Masuhr (Center for Security Studies der ETH Zürich)	2	■ DEKODER Russlandweite Proteste – wie nervös macht Nawalny den Kreml? Jan Matti Dollbaum (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	19
■ ANALYSE Russische PMCs im Nahen Osten und Afrika Felix Riefer (Bonn)	6	■ NOTIZEN AUS MOSKAU Von 2011 zu 2021. Zehn Jahre danach. Von Jens Siegert (Moskau)	23
■ KOMMENTAR Die »Wagner-Affäre« in Belarus und ihre Folgen Sergey Sukhankin (Jamestown Foundation, Washington D.C.)	9	■ UMFRAGEN Nur die Jugend? Teilnehmende an Moskauer Protestaktionen. Die Jahre 2019 und 2021 im Vergleich.	27
■ KOMMENTAR Geopolitik, Waffen, Erdöl: Was Russlands Präsenz in Venezuela bedingt Alexandra Sitenko (Berlin)	11	■ STATISTIK Covid-19 in Russland (Stand 08. Februar 2021)	33
■ KARTE Länder, in denen Söldner im Dienst von Russland aktiv sind	14	■ CHRONIK Covid-19-Chronik, 11. – 31. Januar 2021	34
■ RANKING Das Elite-Ranking der »Nesawisimaja gaset« Die politische Elite im Jahre 2020: Regierungswechsel, Covid-19-Pandemie und Verfassungsreform Henning Saßenrath (Universität Passau)	15 16	■ CHRONIK 11. – 31. Januar 2021	38

Söldner im Dienst autoritärer Staaten: Russland und China im Vergleich

Julia Friedrich (Global Public Policy Institute, Berlin) & Niklas Masuhr (Center for Security Studies der ETH Zürich)

DOI: 10.31205/RA.397.01

Zusammenfassung

Mithilfe von Söldnern und vermeintlich privaten Sicherheitsdiensten projizieren China und Russland Macht und schützen ihre Interessen im Ausland, ohne offen ihre Streitkräfte einsetzen zu müssen. Dabei gehen beide Staaten nach ganz unterschiedlichen Mustern vor.

Die Privatisierung militärischer Aufgaben wird in europäischen Diskussionen häufig mit dem Einsatz westlicher privater Dienstleister im Irak und in Afghanistan assoziiert. Inzwischen mehren sich aber Berichte über weitere Akteure, die private militärische Dienstleister nutzen. Die Auslagerung staatlicher Aufgaben an private Anbieter im Sicherheitsbereich, oder die Schaffung neuer Sicherheitsaufgaben unter nominell privaten Vorzeichen ist kein rein westliches Phänomen.

Bei der Nutzung privater Dienstleister durch nicht-demokratische Staaten stechen insbesondere China und Russland ins Auge – letzteres formell eine »gelenkte« Demokratie, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer stärker zu einem autoritären Staat entwickelte. Beide Mächte haben in jüngerer Vergangenheit in ihren jeweiligen regionalen Kontexten explizit auf Instrumente zurückgegriffen, mit denen rechtliche Grauzonen ausgenutzt werden konnten. Dazu gehört, dass sie zunehmend nominell private Militär- und Sicherheitsdienste jenseits der eigenen Grenzen einsetzen, um nationale Interessen durchzusetzen und zu sichern. Ihr Einsatz folgt jedoch ganz unterschiedlichen Herangehensweisen: So ähnlich die Grundvoraussetzungen auf den ersten Blick erscheinen mögen, so unterschiedlich ist die Praxis. Deshalb ist ein genaueres Verständnis der jeweiligen Konfiguration und des Einsatzes privater Gruppen durch diese beiden autoritären Staaten umso wichtiger.

Die Dienste privater Militär- und Sicherheitsdienstleister können grundsätzlich in Unterstützungsleistungen, darunter Logistik, militärische und nachrichtendienstliche Aufklärung, Ausbildung und Beratung lokaler Kräfte einerseits, sowie Schutz- und Kampfaufträge andererseits eingeteilt werden. In Einsatzgebieten sind diese Unterschiede indes mitunter schwer zu ziehen: Ausbildung im Feld kann effektiv in Kampfeinsätzen münden, unabhängig davon, ob dies ursprünglich beabsichtigt war. Um das volle Spektrum privater Leistungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich darzustellen, hat sich die Bezeichnung Privater Militär- und Sicherheitsdienstleister (Private Military and Security Contractor, PMSC) durchgesetzt. In dieser Analyse wird von Militärdienstleistern gesprochen,

wenn Kampfhandlungen explizit Teil der Auftragsstellung einer privaten Gruppe sind, während dies für Sicherheitsunternehmen lediglich ein Extremszenario darstellt.

Die hier betrachteten Fälle Russland und China zeigen die Vielfalt privater Sicherheits- und Militärakteure auf: Während der Kreml und die oligarchische Elite Russlands private Militärfirmen sowohl für Kampfeinsätze im nationalen Interesse, als auch zur Selbstbereicherung einsetzen, sucht Peking sein wachsendes globales Netzwerk von Infrastrukturen, seit 2013 unter dem Namen Belt and Road Initiative (BRI) bekannt, durch eigene Sicherheitsdienste zu schützen.

Moskaus nützliches Werkzeug

Die Nutzung privater Dienstleister durch Russland ist insbesondere aufgrund ihres Einsatzes während des Ukraine-Krieges seit 2014 ein Thema von großem internationalem Interesse. Allerdings sind gesicherte Fakten schwer zu ermitteln. Recherchen russischer und internationaler Investigativportale wie Fontanka und Proekt Media beschäftigen sich vor allem mit der »Gruppe Wagner«, deren Einsatz in der Ukraine und in Syrien als bestätigt gilt. Das investigative Kollektiv Bellingcat zählte bis zu 2500 Wagner-Söldner in Syrien im Jahr 2015, jedoch ist unklar, wie viele Mitglieder dieser Gruppe insgesamt angehören. Die de facto Spezialeinheit »Gruppe Wagner« ist damit zwar der bekannteste russische Militärdienstleister – jedoch keineswegs der einzige. Die »Gruppe Wagner« wurde in Russland zwar nie als Unternehmen registriert, allerdings von Russlands Präsident Wladimir Putin selbst auf einer Pressekonferenz im Jahr 2018 erwähnt. Putin betonte, die Gruppe könne ihren geschäftlichen Interessen in jedem Teil der Welt nachgehen, sofern sie dabei keine russischen Gesetze bräche. Solche Äußerungen sollen zwei Signale aussenden: Es sollen genug Informationen offenbart werden, um Moskaus vermeintlichen globalen Einfluss zu verdeutlichen, ohne dass jedoch präzise Informationen wie die Namen einzelner Söldner oder Einsatzpraktiken an das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Zeugnis dieser Politik ist zudem, dass der Begriff

»Gruppe Wagner« heute zu einer Art Sammelbegriff geworden ist, der viel mehr eine Aktivität privater russischer Militärdienstleister beschreibt, als dass ihr eine organisatorische Struktur eindeutig zuzuschreiben wäre.

Zudem bedeutet »privat« im russischen Kontext keinesfalls »staatlich unabhängig«. Stattdessen verbinden sich in diesen Dienstleistern ohnehin schwer voneinander zu trennende oligarchische und staatliche Interessen. Dies wird im Fall der »Gruppe Wagner« selbst durch ihre Nähe zum militärischen Geheimdienst (GRU) einerseits, und zu Geschäftsleuten mit einem klaren Bereicherungsinteresse andererseits unterstrichen. Sicher ist, dass diese Dienstleister zwar nicht immer im Auftrag des russischen Staates agieren müssen, aber nie gegen dessen Interessen eingesetzt werden. Inwiefern ein Einsatz direkt vom Kreml gesteuert wird, variiert und ist selten eindeutig festzustellen.

Die Gruppe Wagner

Die Anfänge der mittlerweile berüchtigten »Gruppe Wagner« liegen in der »Moran Security Group«, einer russischen privaten Sicherheitsfirma. Die »Gruppe Wagner« entstand 2014 im Rahmen der russischen Intervention in der Ukraine unter dem Kommando des ehemaligen Spezialeinheitsoffiziers Dmitrij Utkin. Dessen ideologische Nähe zum Dritten Reich handelte ihm den Kampfnamen »Wagner« ein, nach dem die Gruppe in der Folge benannt wurde. In ihrer Nähe zum GRU ist die »Gruppe Wagner« lange für einzigartig gehalten worden. Es ist umstritten, ob und inwiefern inzwischen andere russische Dienstleister wie Shield und Patriot zusätzlich oder statt der »Gruppe Wagner« unter enger Führung der russischen Geheimdienste zum Einsatz kommen.

Die »Gruppe Wagner« ist zudem Teil eines von Jewgeni Prigoschin, einem russischen Geschäftsmann und langjährigen Bekannten Putins, geschaffenen Netzwerks an Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen. Während die Gruppe zunächst in der Ukraine und später in Syrien vor allem das russische Militär flankierte oder entlastete, sind seit 2018 die Frequenz und der Umfang von Aktivitäten auf dem afrikanischen Kontinent gestiegen, zum Beispiel in Libyen, wofür Prigoschin kürzlich auf eine Sanktionsliste der EU gesetzt wurde. Aber auch in Mosambik, Madagaskar, im Sudan und in weiteren Ländern wurde die Gruppe gesichtet. Beobachterinnen und Beobachter vermuten, dass diese Handlungen eher mit dem Ziel der Bereicherung Prigoschins durchgeführt werden, auch wenn sie staatlichen Interessen nicht zuwiderlaufen. Als Teil des von Prigoschins geschaffenen Ökosystems oligarchischer Interessen führt die »Gruppe Wagner« unter anderem Sicherheits-, Trainings-, Wach- und Kampfdienste aus. In der Zentralafrikanischen Republik trainieren zum Beispiel Wagner-Einheiten lokale Sicherheitskräfte, gleichzeitig hat Prigoschin exklusive Abbaurechte an einer Goldmine erhalten.

Eine zunehmende Belastung?

Neben der doppelten, ans Ausland gerichteten Informationspolitik, folgt der Einsatz privater Sicherheitsdienstleister auch einer innenpolitischen Logik: Verlustzahlen des regulären militärischen Personals in Kriegsgebieten werden auf diese Weise minimiert. Allerdings stellen private Gruppen auch eine Herausforderung für die russische Regierung dar.

Zum einen wird die zunehmende Dokumentation der Operationen der »Gruppe Wagner« zur Herausforderung für Moskau: Sie schädigt nicht nur Russlands Ruf, sondern fördert auch konkrete Informationen über Personal und Einsatzmuster zutage, die Moskau eigentlich geheim halten möchte.

Zum anderen ist das Verhältnis zwischen der russischen Regierung und privaten bewaffneten Gruppen ambivalent. Ein Beispiel dafür ist die rechtliche Situation privater Militärdienstleister. Während es in Russland legal ist, eine private Sicherheitsfirma zu betreiben, sind private Militärfirmen, welche militärische Dienste durch Söldner anbieten, laut dem russischen Strafgesetzbuch verboten. Gleichzeitig ist aber gemeinhin bekannt, dass private russische Militärdienstleister existieren. Diese paradox wirkende Situation nützt der russischen Regierung insofern, als sie private Militärdienstleister besser kontrollieren kann, gerade weil sie illegal sind. Die Illegalität öffnet ein Fenster der Willkür: So ist es etwa möglich, dass einerseits im Jahr 2013 zwei Mitglieder der Privateinheit »Slavonic Corps« nach verrichteter Mission in Syrien im Auftrag des russischen Inlandsgeheimdienstes (FSB) bei ihrer Rückkehr nach Russland ohne ersichtlichen Grund für illegale Söldneraktivitäten drei Jahre ins Gefängnis gebracht wurden. Andererseits erhielten Söldner der »Gruppe Wagner« nur wenige Jahre später militärische Auszeichnungen.

Das volle Ausmaß dieser Willkür wird durch einen Zwischenfall im Osten Syriens im Jahr 2018 deutlich: Einheiten der »Gruppe Wagner« hatten einen Überraschungsangriff auf ein von US-Streitkräften bewachtes Ölfeld bei Deir ez-Zor versucht. Es ist unklar, inwiefern die Gruppe hier im staatlichen Auftrag handelte. Als der russische Generalstab trotz wiederholter Nachfrage konsequent abstritt, dass es sich dabei um Truppen unter russischem Kommando handelte, kamen bei anschließenden US-Luftschlägen dutzende russische Söldner ums Leben. Dieses Beispiel unterstreicht, dass sich private bewaffnete Gruppen in politisch komplexen Lagen leicht zu einem Problem für die russische Regierung entwickeln können. Es zeigt aber auch, wie komplex das Verhältnis des Kremls zu seinen privaten Gruppen ist. Um ein solches, politisch ambivalentes Szenario zu vermeiden, hat China einen anderen Ansatz in der Nutzung privater Dienstleister gewählt.

Sicherheitslücke im Ausland?

Pekings Infrastrukturprojekte im Rahmen der BRI resultieren nicht nur in einer Steigerung des politischen und

wirtschaftlichen Gewichts Chinas auf regionaler und globaler Ebene (siehe CSS Analysen Nr. 195, 249 und 254), sondern ziehen auch einen beträchtlich anwachsenden Sicherheitsbedarf nach sich – und damit auch einen lukrativen Markt für chinesische, lokale und westliche Sicherheitsunternehmen. Insbesondere Infrastrukturen wie Docks, Minenanlagen und Raffinerien sowie ihr chinesisches Personal müssen in fragilen Regionen wie etwa in Ostafrika und in Zentralasien bewacht und geschützt werden. Gerade weil das Projekt als Element politischer Einflussnahme und nicht lediglich als Ausbau von Handelsrouten wahrgenommen wird, will China die BRI jedoch nicht militarisieren. Um den Eindruck einer imperialistischen Außenpolitik zu vermeiden, entstehen auf der Sicherheitsseite Probleme und Dilemmata für Peking.

Der gesteigerte Sicherheitsbedarf ergibt sich nicht nur durch die stetig wachsende Zahl im Ausland tätiger chinesischer Bürgerinnen und Bürger, sondern auch durch das bewusst verstärkte globale Profil Pekings. Angriffe auf chinesische Infrastrukturen und Geiselnahmen von Personal werden in der Folge attraktiver für terroristische und kriminelle Organisationen. Zudem kann sich der wachsende logistisch-ökonomische Fußabdruck Chinas selbst zu einem destabilisierenden Faktor entwickeln, der seinerseits einen verstärkten Sicherheitsansatz erfordert. So etwa, wenn chinesische Investitionen lokale Machtgleichgewichte stören und dies bewaffneten Widerstand gegenüber Peking nach sich zieht. Gleichzeitig scheint die chinesische Regierung bisher nicht gewillt, ihre Streitkräfte für den Schutz der BRI heranzuziehen.

So wird die Marine der Volksbefreiungsarmee (VBA) zwar verstärkt zu Anti-Piraterie-Missionen herangezogen, ihre Möglichkeit, auf dem Land zu intervenieren ist allerdings auf küstennahe Bereiche beschränkt. Während beispielsweise 2015 etwa 900 chinesische und weitere ausländische Staatsangehörige aufgrund einer dramatisch verschlechterten Sicherheitslage über den Hafen Aden aus dem Jemen evakuiert wurden, gestalten sich derartige Operationen im Landesinnern oftmals wesentlich komplexer.

Der Anschlag auf das Radisson Blu Hotel in Bamako in Mali im November 2015, bei dem drei leitende Mitarbeitende der China Railway Construction Corporation getötet wurden, zeigt diese Problematik deutlich auf: Chinesische Truppen, die sich in Mali befanden, waren als Teil der Friedensmission MINUSMA der UN unterstellt und konnten somit nicht herangezogen werden. Auch wenn die VBA seitdem ihre Kontakte mit afrikanischen Streitkräften ausbaut und 2017 eine Marinebasis in Dschibuti in Betrieb nahm, bleibt eine Sicherheitslücke bestehen. Lokal angeworbene Milizen und Sicherheitsdienste würden einen logischen Ausweg bilden, allerdings haben chinesische Unternehmen hier schlechte Erfahrungen gemacht. So etwa 2010 in Sambia, als mit scharfer Munition auf streikende Arbeiterinnen und Arbeiter einer Kohlemine geschossen wurde.

Private chinesische Dienstleister, die im Ausland chinesische Interessen sichern, wären somit eine ideale Lösung. Seit 2009 sind Sicherheitsunternehmen in China erlaubt. Für sie böte Chinas wachsendes politisches und wirtschaftliches Gewicht im Ausland einen lukrativen Markt. Überraschenderweise stellten 2018 jedoch lediglich 20 der 5000 in China registrierten Sicherheitsunternehmen ihre Dienste im Ausland zur Verfügung. Die Gründe hierfür lassen sich auch im Verhalten der chinesischen Regierung finden, welche weder über die Sicherheit noch die Außenwahrnehmung der BRI die Kontrolle verlieren will. Auch »private« chinesische Sicherheitsdienste sind folglich keineswegs »staatlich unabhängig«.

Entwaffnende Zielkonflikte

Die politische Wahrnehmung der BRI ist dabei von entscheidender Bedeutung, denn auch der Einsatz von Söldnern könnte den Eindruck einer vermeintlichen Militarisierung des Projekts erwecken, was um jeden Preis verhindert werden soll. Im Ausland tätigen chinesischen Sicherheitsunternehmen ist es deshalb gesetzlich untersagt, Waffen zu tragen. Dies beschränkt ihre Dienste darauf, Sicherheitstrainings und -analysen durchzuführen, sowie vor Ort als taktische Beraterinnen und Berater für lokale Kräfte zu agieren. Eine Ausnahme sind maritime Schutzdienste, die sich auf See mit Waffengewalt verteidigen dürfen. Daneben diktiert Peking, dass chinesische Sicherheitsunternehmen im Ausland ausschließlich für chinesische Firmen arbeiten sollen. Dieser Druck durch die chinesische Regierung zielt allerdings auf beide Seiten der Gleichung: So übt Peking auch Druck auf an der BRI beteiligte Staatsunternehmen aus, damit diese im Ausland auf chinesische Sicherheitsanbieter zurückgreifen. Bisher bevorzugten diese Unternehmen westliche Sicherheitsfirmen mit mehr Einsatz Erfahrung, insbesondere in Hochrisikogebieten.

Neben dem Waffenverbot haben chinesische Sicherheitsunternehmen einen weiteren entscheidenden Nachteil gegenüber westlichen Firmen: Die VBA stellt keinen Pool kampferprobter Veteraninnen und Veteranen für bewaffnete Wach- und Eskorteinsätze bereit, auf den sie zugreifen könnten. Der Druck, ausnahmslos auf chinesische Rechnung zu handeln, führt dazu, dass private Dienstleister diese fehlenden Einsatzerfahrungen nicht außerhalb von BRI-Aufträgen machen können. Gleichzeitig fehlen lokale Kenntnisse und Kontakte, welche beispielsweise kleinere afrikanische Unternehmen aufweisen.

Solange die oben beschriebenen Regulierungen insbesondere zum Waffengebrauch nicht aufgeweicht werden, können chinesische Privatanbieter nicht effektiv in Hochrisikogebieten operieren. Somit ist es derzeit nicht wahrscheinlich, dass sich chinesische Wagner-Äquiva-

lente bilden werden. Das Primat der chinesischen Führung, zunächst den Eindruck einer militarisierten BRI zu verhindern, kann jedoch mittelfristig den strategischen Interessen Chinas zuwiderlaufen, da Peking die Sicherheit seiner Investitionen im Ausland gegenwärtig nicht vollständig garantieren kann. Eine punktuelle Veränderung dieses Primats hin zu einem stärker militärischen Verhalten ist deshalb nicht ausgeschlossen. Dies macht die Beobachtung der Entwicklung chinesischer Sicherheitsdienstleister umso wichtiger.

»Private« Staatsdiener

Die unterschiedliche Nutzung privater Dienstleister durch Russland und China beruht auf unterschiedlichen strategischen Prioritäten: Moskau will sich als möglichst militärisch effektiv und mächtig zeigen und versucht, mit »verdeckten« Einsätzen im Ausland Einfluss zu nehmen. Peking möchte wohlwollend auftreten und scheint zumindest für den Moment darauf bedacht, den Eindruck aufrechtzuerhalten, die BRI sei ein Projekt pragmatisch-wirtschaftlicher Prioritäten ohne Sicherheitsimplikationen.

In der Praxis unterliegen also sowohl in Russland, als auch in China private Militär- beziehungsweise Sicherheitsdienstleister den Regeln des autoritären Staates, der sie entweder gewähren lässt oder aktiv steuert. Dabei entstehen systemimmanente, und somit für jedes Land unterschiedliche Zielkonflikte. Im russischen Fall werden militärische Misserfolge und öffentliches Bekannt-

werden der Aktivitäten privater Dienstleister teilweise zur Belastung für den Kreml. China versucht, seine Sicherheitsindustrie so eng mit der BRI zu verknüpfen, dass am Ende weder die Bedürfnisse der an der BRI beteiligten Unternehmen, noch die Profitabilität chinesischer Sicherheitsanbieter garantiert sind.

Die größte Gemeinsamkeit stellt das eingeschränkte Potenzial für eigenständiges Handeln der jeweiligen Militär- beziehungsweise Sicherheitsdienstleister dar, welches in beiden Fällen lediglich an den Rändern des jeweils staatlich definierten Aufgabenspektrums besteht. Im Gegensatz zu ihren westlichen Äquivalenten stellen diese Dienstleister zuallererst »patriotische Unternehmen« dar, von denen die jeweiligen Regierungen Loyalität erwarten. Während westliche PMSC als private Firmen durchaus den Interessen der USA oder einzelner NATO-Staaten zuwider handeln können, ist es nicht vorstellbar, dass russische Dienstleister wie die »Gruppe Wagner« oder chinesische Sicherheitsfirmen aufgrund monetärer Anreize für einen anderen Staat arbeiten würden. Es ist folglich falsch und irreführend, diese Dienstleister in einem autokratischen Kontext als »privat« zu bezeichnen, denn die dabei suggerierte Gemeinsamkeit zwischen westlichen, russischen und chinesischen Firmen ist nicht gegeben. Statt ein westliches Verständnis von »privat« im Sinne von »marktwirtschaftlich« anzuwenden, sollten PMSC in Russland und China jeweils einzeln gedacht, verstanden und bewertet werden.

Der Text wurde am 04. November 2020 als CSS Analyse von der ETH Zürich hier veröffentlicht <https://css.ethz.ch/ueber-uns/css-news/2020/11/mercenaries-in-the-service-of-authoritarian-states.html>. Die Redaktion der Länderanalysen bedankt sich für die Möglichkeit, den Text nachzudrucken.

Über die Autorin und den Autor

Julia Friedrich ist Research Associate am Global Public Policy Institute (GPPi).

Niklas Masuhr ist Researcher am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich.

Weiterführende Literatur

Russland:

- Emmanuel Dreyfus, »Private Military Companies in Russia: Not so Quiet on the Eastern Front?«, IRSEM, 12.08.2018.
- Kimberly Marten, »Russia's use of semistate security forces: the case of the Wagner Group«, *Post-Soviet Affairs*, 35:3 (2019), S. 181–204.
- Ilya Rozhdestvensky / Roman Badanin, »Master and Chef. How Evgeny Prigozhin led the Russian offensive in Africa«, Proekt Media, 14.03.2019.

China:

- Alessandro Arduino, »The Footprint of Chinese Private Security Companies in Africa«, SAIS China-Africa Research Initiative Working Paper 35 (2020).
- Andrea Ghiselli, »Market Opportunities and Political Responsibilities. The Difficult Development of Chinese Private Security Companies Abroad«, *Armed Forces & Society* 46:1 (2020), S. 25–45.
- Helena Legarda / Meia Nouwens, »Guardians of the Belt and Road. The internationalization of China's private security companies«, *MERICs China Monitor*, 16.08.2018.

Russische PMCs im Nahen Osten und Afrika

Felix Riefer (Bonn)

DOI: 10.31205/RA.397.02

Zusammenfassung

In Russland gibt es eine lange Tradition der Delegation von staatlichen Gewaltaufgaben. Neben privaten Milizen existieren heute auch private Sicherheits- und Militärunternehmen, die ähnlich wie ihre westlichen Pendant Schutzsicherheitsdienste sowie Logistik- und Supportleistungen anbieten. Mit dem Ukraine-Konflikt und der damit zusammenhängenden geopolitisch-ideologischen Konfrontation mit dem Westen entstand der Bedarf nach mindestens einer Schattenorganisation. Seitdem operiert ein neuer Typ Militärunternehmen an der Schnittstelle von privaten Wirtschaftsinteressen und russischen Großmachtansprüchen im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent – die *Gruppe Wagner*.

Ein neues Werkzeug der Außenpolitik

Seit dem Beginn des Krieges im Osten der Ukraine 2014 und der russischen Unterstützung von Baschar al-Assad in Syrien 2015 sowie dem russischen Engagement in den drei afrikanischen Staaten Libyen, Sudan und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) gibt es deutliche Anzeichen für den Einsatz von mindestens einem russischen paramilitärischen Söldnerunternehmen: der sogenannten *Gruppe Wagner*. Vom russischen Staat wird dessen Existenz offiziell negiert während inoffiziell gleichzeitig ein Mythos um sie gepflegt wird. Dadurch soll die journalistische oder wissenschaftliche Aufarbeitung von den Aktivitäten derartiger russischer Unternehmen im Allgemeinen und *Wagner* im Konkreten erschwert werden. Dieser Bereich gilt in Russland spätestens seit der Ermordung von drei russischen Journalisten während ihrer Feldrecherchen zu *Wagner* in der ZAR im Sommer 2019 als No-Go-Area. In den westlichen Medien wird dieses Thema dennoch intensiv begleitet. Dabei fällt nicht selten neben dem Begriff Söldnertruppe die Abkürzung PMC (engl.: *Private Military Company* bzw. *Contractor*). Zwar gibt es gegenwärtig wenig wissenschaftliche Arbeiten zu russischen privaten Militärunternehmen und ihrer Einbindung in die Außenpolitik Russlands. Doch beschreibt beispielsweise die Politikwissenschaftlerin Kimberly Marten *Wagner* weder als ein privates Militär- und Sicherheitsunternehmen noch als eine einfache Söldnertruppe: vielmehr sei diese Gruppe ein halbstaatlicher Sicherheitsakteur (*semi-state security actor*). Mit diesem Werkzeug testet der Kreml seine neue außen- und sicherheitspolitische Agenda und unterstützt gleichzeitig autoritäre Herrscher im Tausch für Rohstoffe. Um die russischen Spezifika besser einordnen zu können, ist es notwendig, die einzelnen Termini einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

PMC, PSC oder PMSC?

Das russische Äquivalent für PMC lautet TscheWeKa (*Tschastnaja Woennaja Kompanija*). TscheWeKas bzw.

PMCs sind in Russland verboten. Legal nach derzeitigem russischem Recht sind lediglich Sicherheitsunternehmen (PSC, *Privat Security Companies*) bzw. TschOP (*Tschastnye Ochrannye Predpriyatija*, private Sicherheits- und Bewachungsunternehmen). Gleichzeitig war es Wladimir Putin selbst, der am 11. April 2012 auf die Frage nach der Legalisierung von TscheWeKas/PMCs antwortete, dass »diese tatsächlich ein Instrument zur Verwirklichung nationaler Interessen ohne die direkte Beteiligung des Staates« seien und es sich lohne darüber nachzudenken. Damit wurde in Russland eine Debatte angestoßen. Allerdings sind seitdem alle drei Vorhaben, privates Militärunternehmertum in Russland zu legalisieren, gescheitert. Als Ursachen hierfür werden Machtkämpfe der verschiedenen Machtministerien, insbesondere zwischen dem Inlandsgeheimdienst FSB, dem Verteidigungsministerium sowie dem Militärgeheimdienst GRU, angenommen. Gleichzeitig ist es genau dieses Spiel im juristischen und normativen Dunkel, welches sowohl eine mehr oder weniger plausible Abstreitbarkeit als auch Druckmöglichkeiten für den Auftraggeber liefert. Schließlich gehen bei der Delegation ins Private viele Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten des Staates bzw. für den Kreml verloren. Insgesamt ist die Delegation des als sakral betrachteten staatlichen Gewaltmonopols an private Gewaltakteure in der russischen Geschichte keine Seltenheit gewesen. Sowohl im Inneren als auch im Auswärtigen wurden Gewaltdienstleistungen insbesondere von verschiedenen Kosaken-Verbänden an den Peripherien des zaristischen Imperiums übernommen. Doch auch im postsowjetischen Russland sind Kosaken bei weitem nicht nur Folklore. Schon unter Boris Jelzin waren sie im Einsatz, aber erst nach dem Machtantritt von Wladimir Putin wurden Kosaken als Grenzschilder, Gemeindepolizei oder gar Streitkräfte in Form von privaten Sicherheitsakteuren vermehrt eingesetzt. Sie waren beispielsweise beteiligt an der Niederschlagung des Anti-Korruptionsprotestes auf dem Bolotnaja-Platz 2012 und der Proteste

nach der gefälschten Präsidentschaftswahl 2018. Während der Winterolympiade in Sotschi 2014 oder der Fußballweltmeisterschaft der Männer 2018 sowie während des Krieges im Osten der Ukraine waren sie aber auch als Polizei im Einsatz. Ferner unterhält auch das tschetschenische Oberhaupt Ramsan Kadyrow mit *Terek* eine eigene private Miliz, die sowohl in der Ukraine als auch in Syrien zum Einsatz gekommen sein soll.

Für moderne Konfliktszenarien wird von Analysten wie zum Beispiel Tor Bukkvoll und Åse G. Østensen die Unterscheidung zwischen den Tätigkeitsbereichen der PMCs und PSCs als nicht sehr zielführend betrachtet. Sie evaluieren beides zusammen und sprechen von privaten Sicherheits- und Militärunternehmen (PMSCs). Insgesamt komme es bei der PMSC-Analyse darauf an, das Spektrum der angebotenen Dienstleistungen zu kategorisieren, um daraus Rückschlüsse auf das Unternehmen zu ziehen. Es reicht in der Regel von Schutzsicherheitsdiensten, militärischer Unterstützung, über Analyse- und Informationsrecherche bis hin zu Hilfe beim Staatsaufbau. Im Westen ist das Angebot an Logistik- und Supportleistungen das größte der Segmente. Auch sollen westliche PMSCs durch ihre angebotenen Schutzdienste im Idealfall regulierend auf Gewaltszenarien einwirken. Dennoch war insbesondere in den 1990er und 2000er Jahren eine Tendenz zur Erbringung von Kampfdiensten bei PMSCs erkennbar.

Verhaltenskodex ohne Russland

Ein Umdenken setzte im Nachgang zu einem Vorfall im Irak 2007 ein, bei dem viele Zivilisten durch ein US-amerikanisches PMSC ums Leben kamen. So entschlossen sich eine Reihe vor allem westlicher Staaten im Jahr 2008 die in der Theorie gedachten Trennlinien zwischen den Sicherheitsaufgaben von nun auch in der Praxis verstärkt zu regulieren. Russland jedoch bleibt bisher bei diesen Bemühungen, die Tätigkeit von PMSCs zu regulieren, außen vor. In diesem Zusammenhang entwickelten und unterzeichneten mehrere Staaten das sogenannte *Montreux-Dokument*, welches die Menschenrechte sowie die humanitären Verpflichtungen, die sich aus den internationalen Vereinbarungen ergeben, zusammenfasst (https://www.eda.admin.ch/dam/eda/en/documents/aussenpolitik/voelkerrecht/20192511-montreux-document_EN.pdf). In dem Dokument werden die juristischen Verpflichtungen festgehalten und Beispiele der guten Praxis für Beschäftigte von privaten Militär- und Sicherheitsfirmen in Konfliktgebieten angeführt. Dies soll die völkerrechtliche Bindung von PMSCs unterstreichen und somit bekräftigen, dass diese nicht im rechtsfreien Raum agieren. Ein Kernaspekt ist hierbei, dass Gewalt ausschließlich zum Selbstschutz oder zur Verteidigung von zu bewachenden Personen oder Einrichtungen erlaubt ist. Mitarbeiter von PMSCs gelten, sofern sie nicht einem nationalstaatlichen Militär angehören, als Zivilisten. Dies bedeutet, dass sie nicht an Feindseligkeiten teilnehmen dürfen und

ihre Tätigkeit somit von der Söldneraktivität deutlich abgegrenzt werden soll. Dem Montreux-Dokument folgte 2010 ein Verhaltenskodex für private Sicherheitsunternehmen. Dieser Kodex ist nicht rechtlich bindend, jedoch haben sich seit seiner Konstituierung über 700 PMSCs zu ihm bekannt. Unter den sich zu ihren humanitären Pflichten bekennenden Unternehmen befindet sich keine Firma aus Russland und lediglich eine aus Frankreich, die in Russland aktiv ist. Seit 2013 etabliert sich auf Grundlage des Montreux-Dokumentes sowie dem Kodex mit der Vereinigung des Internationalen Verhaltenskodexes für private Sicherheitsdienstleister in Genf ein unabhängiger Kontrollmechanismus, welcher das Monitoring der Einhaltung übernehmen und eine Anlaufstelle für Opfer sein soll. Bisherige Evaluationen weisen auf gemischte Ergebnisse hin. Dennoch: Besonders für Staaten mit schwach ausgeprägter Staatlichkeit, die auf private Sicherheitsakteure angewiesen sind, wie nicht selten auf dem afrikanischen Kontinent, ist diese Selbstregulierungsmaßnahme für PMSCs ein wichtiger Schritt zur guten Praxis. Gleichzeitig scheint nichts von diesen Verhaltensnormen für die jüngsten Aktivitäten russischer PMSCs zu gelten. So sind Kämpfer der inoffiziellen *Gruppe Wagner* sowohl in der offensiven Anwendung von Gewalt wie beispielsweise während der Erstürmung eines Ölfeldes im Februar 2018 in Syrien als auch beim Foltern und Hinrichten Gefangener wie dem syrischen Staatsbürger Hammadi Taha Al-Buta im Juni 2017 identifiziert worden.

Eine Skizze russischer PMSCs

Zunächst lohnt sich der Blick auf die, ihren westlichen Pendanten ähnelnden, russischen PMSCs wie die Sicherheitsfirmen der Rohstoffkonzerne. Diese Unternehmen, wie beispielsweise Lukoils *Lukim-A*, werden im Nahen Osten und in Afrika für den (meist hauseigenen) Personen- und Objektschutz eingesetzt. Besonders sichtbar ist auch die vermutlich 2011 von ehemaligen GRU- und FSB-Mitarbeitern in Moskau gegründete *RSB-Group*. Sie wird zum Schutz vor Piraterie, vorrangig vor der Westküste Afrikas und im Golf von Guinea gebucht. Aber auch arabische Staaten beauftragen die Firma zum Schutz von Landkonvois und VIPs. Ferner hat die *RSB-Group* 2016 als erstes russisches PMSC eine Cyber-Verteidigungsabteilung, mit der sie sich nach eigenen Angaben trotz Angebotsanfragen nicht an Wahlmanipulationen im Ausland beteiligt hatte. Deutlich stärkeren Söldnercharakter hat das PMSC *Antiterror-Orel*. Das Unternehmen wurde 2003 im zentralrussischen Orjol von Spezialeinheiten gegründet und war insbesondere im Irak tätig. Aus *Orel* sind nach Einschätzung von Bukkvoll und Østensen wahrscheinlich die PMSCs *Ferax*, *Redut-Antiterror* und *Moran Security Group* hervorgegangen. So wurde beispielsweise die *Moran Security Group* 2011 mutmaßlich vom FSB und der russischen Marine gegründet, um neben den Einsätzen im Irak auch bewaffnete

Eskorten von Schiffen durchführen zu können. Auch soll *Moran* Einsätze in der ZAR, Kenia und Nigeria durchgeführt haben und neben Luftstreitkräften und Marineinfanteristen auch GRU-Ehemalige beschäftigen. Ferner gibt es noch PMSCs wie *Mar* oder *ENOT Corp*, die sich überwiegend auf den postsowjetischen Raum beschränken, deutlich ideologischer motiviert sind und auch eigenmächtig agieren. So waren beide genannten Gruppen im Donbas-Konflikt involviert. Zwar bestreiten sie dies offiziell, dies ist allerdings unglaubwürdig, da sie gleichzeitig ihre Bereitschaft, »auf Einladung« zu kämpfen, stets unverhohlen betonen. *ENOT Corp* gilt als bekannt für seine Verbindungen zu russischen Neonazi-Gruppen sowie als Organisator und Veranstalter von paramilitärischen Trainingscamps für Jugendliche. Zudem soll die PMSC *Mar* in Libyen mindestens als logistische Unterstützung der *Wagner*-Einheiten beteiligt gewesen sein.

Im Gegensatz zu den aufgeführten PMSCs ist die Gruppe *Wagner* nicht offiziell registriert und zeichnet sich durch ihre nicht selten verlustreiche, offensive Kampfbereitschaft aus. Sie besteht vermutlich bereits seit 2014 als Formation. Es wird davon ausgegangen, dass *Wagner* aus dem in Hong Kong registrierten *Moran Security Group*-Ableger *Slavonic Corpus* entstand. Dieser soll seinerseits eigens zur Unterstützung der syrischen Regierung bei der Verteidigung seiner Öl- und Gasinfrastruktur gegen die Terrororganisation *Islamischer Staat* 2013 – also noch vor dem offiziellen russischen Eingreifen – von Damaskus beauftragt worden sein. Die Mission scheiterte, der russische Staat verleugnete jegliche Teilhabe. Die zurückkehrenden Söldner wurden verurteilt. Doch kurz darauf wurde zügig eine Einheit für die Krim-Operation und die verdeckten Handlungen im Osten der Ukraine benötigt, deren Verbindungen zum russischen Staat ebenfalls einfach abgestritten werden konnten. So vermutet das Rechercheportal *Bellingcat* genau hier den Beginn des Einsatzes von kampferefahrenen Soldaten als Schattenarmee durch eine private, nicht registrierte Struktur. Gesteuert wird sie seitdem wohl durch den Putin-vertrauten Unternehmer Jewgenij Prigoschin und den Militärgeheimdienst GRU. Als Markenzeichen für diese Truppe hat sich der Kampfname des Oberleutnants Dmitrij Utkin *Wagner* etabliert.

Destruktive Autokratieförderung für kurzfristige Gewinne

In stabilen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten lässt sich eine zielgerichtete Delegation von Sicherheit seitens der jeweiligen Staaten konstatieren. Die Privatisierung von Sicherheit ist dann vor allem durch wirtschaftliche Effizienzkriterien und politische Schachzüge im Hinblick auf die innenpolitische Situation und die internationale Bühne kalkuliert. Dieses Outsourcing von Staatsgewalt lässt sich im russischen Fall nicht pri-

mär durch eine ökonomische Effizienzrechnung erklären. Denn gerade im Fall von *Wagner* sind die Verbindungen zum Militärgeheimdienst GRU zu deutlich. Es lässt sich vielmehr eine Mischung aus privaten und staatlichen Interessen der involvierten kremlnahen Akteure erkennen. Denn sowohl das russische Engagement im Nahen Osten (ab 2015) und im wiederentdeckten Afrika (ab 2018) fällt auf die Zeit nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim 2014 und ist direkt mit den Machtinteressen des Kremls (Weltmachtanspruch), Privatinteressen seiner treuen Oligarchen (Jewgenij Prigoschin) und regimestützenden sozialen Gruppen (*Silowiki*) verflochten. Gleichzeitig wird eine Art beschleunigter Zugang zum Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent vorangetrieben. Während dieses *fast track to influence* durch die Umgehung aller rechtlichen und auf eine gute Praxis abzielenden Normen geschieht, geht es bei dieser Ausdehnung der russischen Einflussosphäre weniger um den afrikanischen Kontinent an sich als um die Festigung der weltweiten Großmachtstellung Russlands. Diese ist in vielfacher Hinsicht destruktiv. Schließlich werden im Gegensatz zu China kaum nennenswerte wirtschaftliche Interessen verfolgt, wenn vom Waffenverkauf abgesehen wird. Dagegen wird im Tausch für Rohstoffe und diplomatischen Gleichklang mit Moskau militärische wie politische Unterstützung für Autokraten in Regionen angeboten, wo die Staatlichkeit nicht etabliert bzw. nur wenig entwickelt ist. Schließlich werden über die Mediation durch Prigoschin neben der Schattenarmee *Wagner* und der bekannten Trollfabrik in Sankt Petersburg auch verschiedene politotechnologische Beratungsdienste betrieben. So beschreibt beispielsweise das Portal *Proekt.Media*, wie darüber antiwestliche Ressentiments und Wahlmanipulation in zahlreichen afrikanischen Staaten betrieben werden und damit die Hard Power-Komponente durch ein entsprechendes Soft Power-Angebot ergänzt wird.

Résumé

Zusammenfassend lassen sich diese Handlungen mit dem Begriff *Autokratieförderung* beschreiben. Es ist davon auszugehen, dass diese Politik sich mittelfristig destabilisierend auf Staatsbildungsprozesse in den jeweiligen Regionen auswirken wird. Damit steht Russland nicht nur in scharfem Kontrast zu westlichen Staaten. Moskau könnte dadurch auch seine Sicherheitspartner in Peking verstimmen, die eine viel deutlichere wirtschaftspolitische Motivation verfolgen, wenngleich ebenfalls ohne normative Bedenken. Da gerade Russland auf dem afrikanischen Kontinent auf anti-westliche Ressentiments setzt und gemeinsam mit China im UN-Sicherheitsrat Maßnahmen blockiert, ist diese neue Form von Außenpolitik eine Herausforderung für den Westen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Felix Riefer ist Politikwissenschaftler und beschäftigt sich insbesondere mit Russland, dem postsowjetischen Raum und russlanddeutschen (Spät-)Aussiedlern. Er promovierte am Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität zu Köln. Kürzlich ist sein Buch *Russlands Außenpolitik unter Putin 2000–2018: Welchen Einfluss haben russische Think Tanks auf die auswärtige Politikgestaltung des Kremls?* im VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2020, erschienen. DOI: 10.1007/978-3-658-32545-9

Lesetipps

- Tor Bukkvoll & Åse G. Østensen (2020): The Emergence of Russian Private Military Companies: A New Tool of Clandestine Warfare, *Special Operations Journal*, 6:1, 1–17, DOI: 10.1080/23296151.2020.1740528
- Kimberly Marten (2019): Russia's use of semi-state security forces: the case of the Wagner Group, *Post-Soviet Affairs*, 35:3, 181–204, DOI: 10.1080/1060586X.2019.1591142
- Bellingcat Investigation Team (2020): Putin Chef's Kisses of Death: Russia's Shadow Army's State-Run Structure Exposed, abrufbar unter: <https://www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2020/08/14/pmc-structure-exposed/>
- Anton Shekhovtsov (2020): Fake election observation as Russia's tool of election interference: The Case of AFRIC, für European Platform for Democratic Elections (EPDE), abrufbar unter: <https://www.epde.org/en/documents/details/fake-election-observation-as-russias-tool-of-election-interference-the-case-of-afric.html>
- Ilya Rozhdestvensky, Michael Rubin, Roman Badanin, April (2019): Master and Chef. How Russia interfered in elections in twenty countries für Projekt Media, abrufbar unter: <https://www.proekt.media/en/article/russia-african-elections/>

KOMMENTAR

Die »Wagner-Affäre« in Belarus und ihre Folgen

Sergey Sukhankin (Jamestown Foundation, Washington D.C.)

Poroschenkos Geheimoperation?

Ende Dezember 2020 gab der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko bekannt, dass er 2018 eine Geheimoperation eingeleitet hatte, die darauf abzielt, Söldner zu verhaften, die der berüchtigten russischen Söldner-Gruppe Wagner angehören. Diese paramilitärische Kampftruppe nahm und nimmt an bewaffneten Konflikten teil, zum Beispiel in der Ukraine, Syrien, Libyen und Operationen in Subsahara-Afrika. Wagner steht mutmaßlich in enger Verbindung zum russischen Staat und ist für eine Reihe von Kriegsverbrechen verantwortlich, die zwischen 2014 und 2015 im Südosten der Ukraine begangen wurden. Ende 2020 beschuldigte Poroschenko in einer Erklärung die derzeitige ukrainische Regierung, »die Operation sabotiert zu haben« und versprach, die Angelegenheit so lange zu verfolgen, bis alle »Verräter« bestraft worden seien. Diese Episode wirft ein neues Licht auf eine widersprüchliche Entwicklung, die weitreichende und ziemlich gefährliche Auswirkungen haben könnte.

Was ist in Belarus passiert?

Die Ursprünge dieser Wagner-Episode gehen auf den 29. Juli 2020 zurück, als 33 Männer auf dem Territo-

rium des Sanatoriums *Belorusotschka* in der Nähe von Minsk verhaftet wurden. Die belarusischen Ermittler erklärten, dass die angeblichen Wagner-Söldner nach Belarus gekommen waren, um »Massenprovokationen gegen die belarusische Regierung« im Vorfeld der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 09. April »anzustiften«. Die Vorwürfe waren schwerwiegend: Söldnertum und Sabotage. Trotz heftiger Proteste der Ukraine wurde die Söldnertruppe zurück nach Russland verfrachtet. Als weitere Details ans Licht kamen, nahm die Geschichte jedoch nach einiger Zeit eine neue Wendung.

Die Ukraine argumentierte, dass die Festnahme der Söldner in Belarus Teil einer groß angelegten Geheimoperation gewesen sei, deren Ziel es war, die Söldner nach Kyjiw zu locken, wo sie verhaftet und vor Gericht gestellt werden sollten. Laut ukrainischen Berichten waren mindestens neun der 33 Männer ukrainische Staatsbürger, außerdem waren alle 33 in der Vergangenheit bei Kampfhandlungen im Donbas im Einsatz. Unter anderem sollen einige der Söldner neben anderen Verbrechen für den Abschluss der Boeing MH-17 am 17. Juli 2014, der 298 Todesopfer gefordert hatte, verantwortlich sein. Offiziell und in staatsnahen Medien war in Russland wenig zu

diesem Vorfall zu hören, er wurde entweder gar nicht kommentiert, oder aber die Vorwürfe wurden zurückgewiesen. Allerdings gab der russische konservative Schriftsteller Sachar Prilepin, der selbst freiwillig in der Ukraine gekämpft hatte, zu, dass unter den festgenommenen Söldnern »zwei oder drei aus meinem Bataillon« waren.

Zwei gegensätzliche Meinungen

Die Festnahme und insbesondere die Übergabe der 33 mutmaßlichen Söldner an Russland am 14. August 2020 löste in der Ukraine einen innenpolitischen Konflikt aus. Rivalisierende politische Lager beschuldigten sich gegenseitig des Verrats und/oder der Verbreitung von Desinformation. Diesbezüglich lassen sich zwei gegensätzliche Meinungen festhalten.

Eine Einschätzung, die vor allem von Vertretern derjenigen Machtgruppe geäußert wurde, die sich derzeit in Regierungsverantwortung befindet, ist, dass die Verhaftung der Wagner-Söldner in Belarus nichts anderes als eine russische Desinformationskampagne mit dem Ziel war, die Ukraine zu kompromittieren. Präsident Wolodymyr Selenskyj kritisierte mit scharfen Worten »diejenigen, die Desinformationen [...] über eine Spezialoperation verbreiten«. Ähnlich äußerten sich der Leiter der Präsidentschaftsadministration Andriy Jermak, der erklärte, dass die Geschichte von »jenen Kräften innerhalb der Ukraine erfunden wurde, die den Waffenstillstand im Donbas zum Scheitern bringen wollen«. Der Leiter der Hauptdirektion des Nachrichtendienstes des ukrainischen Verteidigungsministeriums (HUR MOU) Kirill Budanow verkündete, dass keine »Spezialoperation« stattfand, da »es unmöglich gewesen wäre, Wagner-Kämpfer nach Belarus zu locken, ohne dass Russland davon erfahren hätte«.

Diese Haltung stieß jedoch in der ukrainischen und internationalen Expertengemeinde auf entschiedenen Widerstand. So betonte beispielsweise Christo Grozev von Bellingcat, dass die ukrainischen Geheimdienste einen »brillanten Plan« entwickelt hätten, wie man die russische GU [den russischen Militärgeschwabsdienst, der auch als GRU bekannt ist, Anm. d. Redaktion], den FSB und die Wagner-Gruppe in eine Falle locken könne, und dass dieser Plan von den ukrainischen Behörden zu Fall gebracht worden sei. Grozev schätzt, dass das Vorgehen der ukrainischen Regierung entweder auf »Verrat oder politische Angst« zurückzuführen sei.

Eine viel schärfere Einschätzung kam von dem renommierten Militärjournalisten und Chefredakteur des Informationsdienstes *Censor.net*, Jurij Butusow, der *de facto* offen Mitglieder der Präsidentschaftsverwaltung, vor allem Andriy Jermak, des Verrats und der Sabotage der Geheimoperation beschuldigte, um einer Vergeltung Russlands vorzugreifen. Butusow behauptete, dass Jermak nicht die einzige Person sei, die an einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland interessiert sei, koste es, was es wolle.

Laut Butusow spiele der Erste Stellvertretende Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Ruslan Demtschenko (eine politische Figur, die von Poroschenko toleriert wurde und von Selenskyj gefördert wird) eine weitgehend »destruktive Rolle« und bleibe »eine direkte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Ukraine«. Mit diesen Aussagen beschuldigte Butusow nicht nur den inneren Kreis der Präsidenten-Vetrauten des verräterischen Verhaltens, sondern *de facto* Selenskyj selbst.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die ganze Geschichte eine Reihe von weißen Flecken hat. Zum Beispiel wurde nach Ausbruch des Skandals ein Antrag auf einen Lügendetektortest für Jermak und andere gefordert, die Informationen über die Operation hatten. Dieser Antrag des Leiters des HUR MOU, Wasyly Burba, der als verantwortlich für die Sonderoperation gilt, wurde von Selenskyj abgelehnt. Obendrein wurde Burba bald darauf per Präsidentschaftsdekret entlassen, was noch mehr Fragen aufwirft. Ukrainischen Berichten zufolge brach die Spezialoperation zudem aufgrund der Tatsache zusammen, dass das Datum der finalen Etappe von Selenskyj geändert wurde. Dies erlaubte es den belarusischen Geheimdiensten, die Söldner auf ihrem Territorium festzusetzen, um sie später an Russland zu übergeben.

Fazit: Wie geht es weiter?

Unabhängig davon, ob die Geschichte der angeblichen Spezialoperation wahr ist oder nicht, dürfte sie für einige Beteiligte schwerwiegende Folgen haben. In Bezug auf Belarus hat dieser Vorfall wie auch die Entwicklungen nach den Wahlen deutlich die bestehende Abhängigkeit des amtierenden belarusischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka von Russland gezeigt.

Es ist aber letztendlich die Ukraine, für die der Vorfall die negativsten Folgen hatte. Konkret hat diese Affäre zwei Tendenzen aufgezeigt. Erstens unterstreicht der Fall, dass die ukrainische Elite gespalten ist und konkurrierende Lager begierig darauf sind, alle Mittel einzusetzen, um politischen Widersachern aus dem anderen Lager Schaden zuzufügen, ohne dabei die nationale Einheit innerhalb der Ukraine in Anbetracht aller Umstände zu berücksichtigen. Falls die Sonderoperation tatsächlich entgleist sein sollte und dies aufgrund »verräterischer« Handlungen einiger politischer Entscheidungsträger geschah, wie dies einige Experten behaupten, dann zeigt dies, dass die Faktoren, die zur Annexion der Krim und den Ereignissen im Südosten der Ukraine geführt hatten, in der Zeit nach 2014 nicht effizient aufgearbeitet wurden.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Russland diejenige beteiligte Partei ist, die sich am glimpflichsten aus der Affäre gezogen hat. Russische und internationale Beobachter, Ermittler und Experten haben über viele Jahre Daten und Fakten über die Aktivitäten illegaler (para-)militärischer Gruppierungen, die von Russland

unterstützt werden, gesammelt. Der Kreml sah sich deswegen aber nicht dazu veranlasst, tätig zu werden und den Berichten nachzugehen. Zwei Schlussfolgerungen lassen sich daraus ziehen: Erstens werden paramilitärische, nicht-staatliche Akteure weiterhin eine wichtige Rolle dabei spielen, Russlands geopolitische und geoökonomische Interessen in Regionen wie in Subsahara-Afrika zu verfol-

gen. Zweitens werden derartige Gruppierungen für Arten der nicht-militärischen »hybriden Kriegsführung« eingesetzt, zum Beispiel bei Konfrontationen, die im Bereich der Information ausgetragen werden. Die Wagner-Affäre in Belarus unterstreicht diesen Aspekt sehr deutlich.

Über den Autor

Dr. Sergey Sukhankin ist Wissenschaftler bei der Jamestown Foundation und Berater der Gulf State Analytics in Washington D.C. In seiner Forschung befasst er sich mit Russlands Privaten Sicherheits- und Militärunternehmen und nicht-linearer Kriegsführung.

Lesetipps

- Sergey Sukhankin, »Russian Private Military Contractors in Sub-Saharan Africa: Strengths, Limitations and Implications«, in: *Russie.Nei.Visions*, No. 120, Ifri, September 2020, Abrufbar unter: <https://www.ifri.org/en/publications/notes-de-lifri/russieneivisions/russian-private-military-contractors-sub-saharan-africa>.
- Sergey Sukhankin, »Unleashing the PMCs and Irregulars in Ukraine: Crimea and Donbas«, in: *The Jamestown Foundation*, 03. September 2019. Abrufbar unter: <https://jamestown.org/program/unleashing-the-pmcs-and-irregulars-in-ukraine-crimea-and-donbas/>.

KOMMENTAR

Geopolitik, Waffen, Erdöl: Was Russlands Präsenz in Venezuela bedingt

Alexandra Sitenko (Berlin)

Im Januar 2019 machte Venezuela – ein Land an der Nordküste Südamerikas – die internationale Gemeinschaft auf sich aufmerksam. Dort überschlugen sich die innenpolitischen Ereignisse. Der Jahresbeginn 2019 markierte in dem südamerikanischen Land eine neue Phase und zugleich den Höhepunkt einer seit Jahren währenden politischen Krise: Kaum war der amtierende Präsident, Nicolás Maduro, nach seiner umstrittenen Wiederwahl im Mai 2018 am 10. Januar 2019 vereidigt worden, erklärte sich der Präsident der venezolanischen Nationalversammlung und Vertreter des oppositionellen politischen Blocks, Juan Guaidó, zum Übergangspräsidenten des Landes. Hunderttausende Menschen gingen in der Hauptstadt Caracas und in anderen Städten auf die Straße, um Guaidó zu unterstützen und gegen Maduro zu protestieren. Es war aber nicht allein die Zuspitzung der internen politischen Krise, die das Karibikland in die internationalen Schlagzeilen brachte. Entscheidend waren die unterschiedlichen Reaktionen anderer Staaten darauf, allen voran der USA und Russlands. Während Washington Juan Guaidó sofort als Interimspräsidenten anerkannte, bekräftigte Moskau seine Unterstützung für die »legitime Regierung« von Nicolás Maduro, prangerte

die Aktionen der venezolanischen Opposition und der USA an und warnte vor einer »destruktiven ausländischen Einmischung« (<https://bit.ly/2NQ3qbj>).

Ende April 2019 beschuldigte Washington Moskau, den angeblich bereits geplanten Abgang Maduros vereidigt zu haben. Dieser soll bereit gewesen sein, ins Exil nach Kuba zu gehen. Moskau aber habe ihn dazu überredet, nicht zurückzutreten (<https://bit.ly/2MIoVKk>). Die internationale Nachrichtenagentur Reuters berichtete auch von russischen Söldnern, die zu Beginn der Proteste nach Venezuela flogen, um für die Sicherheit des Präsidenten Maduro zu sorgen. Laut der Nachrichtenagentur bestand eine Verbindung zu dem privaten Militärunternehmen Wagner, deren Mitglieder russische Streitkräfte in Syrien und in der Ukraine unterstützt haben sollen (<https://reut.rs/3pGrATO>). Diese Information wurde allerdings nicht bestätigt. Aus einer Recherche der Internetzeitung *Meduza*, die einige Monate später veröffentlicht wurde, geht jedoch hervor, dass Russland Maduro zwar unterstützt hat, die Wagner-Söldner aber nicht beteiligt gewesen waren. Die Präsenz russischer Militärs in Venezuela bestreitet *Meduza* jedoch nicht – spätestens

seit 2017 sollen russische Militärspezialisten begonnen haben, regelmäßig nach Venezuela zu reisen, von denen manche als »Privatpersonen« über Veteranenorganisationen gefunden und engagiert wurden (<https://meduza.io/feature/2019/07/29/ochen-strannoe-chuvstvo-viny>).

Ob mit oder ohne Unterstützung russischer Militärs: Nicolás Maduro hält sich bis heute an der Macht, hauptsächlich weil die venezolanischen Armee und Sicherheitskräfte ihm bisher treu geblieben sind.

Die geschilderten Ereignisse veranschaulichen, dass die russische Regierung Venezuela eine große Bedeutung beimisst und Russland seine Präsenz in dem südamerikanischen Land bereits erheblich ausbauen konnte und diese aufrechterhalten will. Denn Russland profitiert in dreifacher Hinsicht von seiner privilegierten Stellung: geopolitisch sowie über Rüstungsexporte und Beteiligungen im Energiesektor.

Die Präsenz in Venezuela fügt sich gut in die geopolitische Strategie des Kremls ein. Russland soll als eine Großmacht positioniert werden, deren Interessen respektiert werden müssen und die in der Lage ist, den Vereinigten Staaten überall dort Paroli zu bieten, wo es seine Interessen missachtet sieht, wenn sich der Aufwand für Russland dabei in vertretbaren Grenzen hält. Die Annäherung zwischen Moskau und Caracas begann mit dem Machtantritt von Hugo Chávez und Wladimir Putin auf Initiative des venezolanischen Präsidenten. Bis 2004 verliefen die Beziehungen allerdings weniger dynamisch. Erst in der zweiten Amtszeit Putins (2004–2008) gab es eine qualitative Veränderung, als die politische Konfrontation mit den USA und die Verschlechterung der Beziehungen beider Länder zum Westen stärker wurden. Für Moskau eröffnete sich so eine hervorragende Gelegenheit Russlands Status als Weltmacht auf der internationalen Bühne zu fördern, in der westlichen Hemisphäre Fuß zu fassen und die USA in ihrem traditionellen Einflussbereich politisch und ökonomisch zurückzudrängen.

Eroberungen auf dem geopolitischen Terrain vollzogen sich hauptsächlich über den Energiesektor und die Rüstungsindustrie. Beide Sektoren existieren in Russland in einem oligopolistischen Kontext: sie werden entweder direkt vom Kreml oder von ihm nahestehenden Akteuren kontrolliert.

Noch in den ersten Jahren der Präsidentschaft von Hugo Chávez kaufte Venezuela vor allem aus Europa und den USA Waffen ein. Doch als sich die Beziehungen nach dem Staatsstreich gegen Chávez im Jahr 2002, der auch von den USA unterstützt wurde, rapide verschlechterten, wandte sich der damalige venezolanische Präsident aus Angst vor einer US-Intervention an Russland, China und Kuba, um sie als militärische Verbündete zu gewinnen.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist Caracas zum größten Käufer russischer Militärausrüstung in der westlichen

Hemisphäre geworden. Nach Angaben russischer Medien beläuft sich das Gesamtvolumen der venezolanischen Einkäufe im Zeitraum 2005–2017 auf mehr als 11 Milliarden US-Dollar (<https://www.kommersant.ru/doc/3861747>). Es wurden 36 Kampfflugzeuge des Typs Su-30MK, etwa 50 Militärtransporthubschrauber der Typen Mi-35M, Mi-17 und Mi-26, mehr als 120 Panzer, etwa 240 gepanzerte Kampffahrzeuge, mehrere Dutzend Grad- und Smerch-Raketenabwehrsysteme und eine große Anzahl von Iglas-Raketen an Venezuela geliefert. Die Waffenlieferungen bezahlt Venezuela mit russischen Krediten. Den ersten Kredit in Höhe von 2,2 Milliarden US-Dollar erhielt es 2010, ein weiterer Kredit in Höhe von vier Milliarden US-Dollar folgte 2011 (https://www.ng.ru/economics/2011-10-10/1_chaves.html). In den Waffengeschäften mit Venezuela geht es für Russland also nicht darum, einen sofortigen ökonomischen Gewinn zu erzielen. Seine Strategie zielt mehr darauf ab, Caracas längerfristig von russischen Waffen, deren Ersatzteilen und dafür notwendigen Serviceleistungen abhängig zu machen und so seine Präsenz in Venezuela zu festigen. 2018 vereinbarten beide Seiten Verträge über Instandhaltung, Unterstützung und Reparatur der venezolanischen Waffensysteme durch russische Militärspezialisten (<https://lmy.de/iPx89>). Seit 2006 geplant, aber bis heute nicht vollendet, ist außerdem die Errichtung einer Fabrik zur Herstellung von AK-103-Sturmgewehren in Venezuela. Laut neuesten Meldungen soll der Bau 2021 abgeschlossen werden (<https://www.kommersant.ru/doc/4074185>). Dies wäre nicht nur ein weiterer geopolitischer Erfolg für die russische Regierung, sondern insbesondere auch ein Gewinn für den ehemaligen stellvertretenden Verkehrsminister Russlands Alan Lushnikow, der letztes Jahr 75 Prozent der Aktien des Konzerns Kalaschnikow erworben hat (<https://www.kommersant.ru/doc/4559696>). Das Staatsunternehmen Rostec besitzt die restlichen 25 Prozent plus 1 Aktie des Konzerns. Rostec befindet sich auch im Besitz des russischen staatlichen Monopolexporteurs für Rüstungsgüter Rosoboronexport (<https://sobesednik.ru/politika/20191014-dohodchivoe-oruzhie>). Der Chef von Rostec Sergej Tschemesow wird als einer der einflussreichsten Personen im russischen Establishment bezeichnet (<https://meduza.io/feature/2016/12/22/effektivnyy-staryy-tovarisch>). Sein Einfluss auf das politische Geschehen im Land wird mit Igor Setschin, dem mächtigen Chef von Rosneft, verglichen. Beide gelten als enge Vertraute von Präsident Putin.

Setschin ist seit 1994 ein Berater Putins und Mitglied der sog. Silowiki-Fraktion im Kreml (<https://lmy.de/tIIRd>). Er ist informell für Russlands Energiesektor verantwortlich. Die Intensivierung der Energiekooperation mit Venezuela geht insbesondere auf seine Initiative zurück.

Die Vorreiterrolle bei der Energiezusammenarbeit zwischen Russland und Venezuela gebührt jedoch dem privaten Ölkonzern Lukoil, der bereits 2001 mit Venezuela

über ein gemeinsames Projekt verhandelte und seit 2005 dort tätig ist. Die Zuspitzung der Feindschaft zwischen Russland und den USA im Zusammenhang mit dem Georgienkrieg und seinen Folgen in den Jahren 2008–2009 beschleunigte die politische, wirtschaftliche und energietechnische Kooperation mit Venezuela. Während des Russlandbesuchs von Hugo Chávez 2008 wurde die Gründung eines Erdölkonsortiums angekündigt: Lukoil, Rosneft, Gazprom, TNK-BP und Surgutneftegaz beteiligten sich von Seiten Russlands und die nationale Öl- und Gasgesellschaft *Petróleos de Venezuela SA (PDVSA)* auf venezolanischer Seite. Rosneft, das nach der Übernahme von Yukos, eines Ölimperiums des in Ungnade gefallenen und zu Haft verurteilten Oligarchen Chodorkowskij, zum größten russischen Ölkonzern wurde, führte das Konsortium an. 2012 erwarb Rosneft die Anteile von TNK-BP und Surgutneftegaz und kaufte 2014 weitere, von Lukoil gehaltene 20 Prozent Anteile (<https://www.kommersant.ru/doc/2056979>). Damit wurde Rosneft mit 80 Prozent zum größten russischen Aktionär des Konsortiums.

Bis vor Kurzem war Rosneft an fünf Projekten der PDVSA beteiligt und besaß zwischen 20 und 40 Prozent der Aktien. Im Mai 2017 gründete Rosneft ein weiteres Joint Venture mit PDVSA, an dem es sogar einen Anteil von 51 Prozent erhielt. Der russische Staat konnte sich somit nach und nach erhebliche Kontrolle über die weltweit größten nachgewiesenen Erdölreserven sichern. Allein dieser Umstand liefert eine plausible Erklärung dafür, warum die russische Regierung den Fall von Nicolás Maduro um jeden Preis verhindern wollte: Moskau geht es um die Absicherung seiner Großprojekte im Energiebereich. Es sollen demnach russische Staatsunternehmen gewesen sein, die paramilitärische Einheiten nach Venezuela geholt haben, um die Öleinrichtungen im Land zu schützen. Von insgesamt 60 Söldnern ist in diesem Zusammenhang die Rede (<https://meduza.io/feature/2019/07/29/ochen-strannoe-chuvstvo-viny>).

Dazu kommt, dass Russland einer der größten Gläubiger der venezolanischen Regierung ist. Die russische Regierung und Rosneft sollen seit 2006 mindestens 17

Milliarden US-Dollar an Krediten an Caracas vergeben haben, einschließlich der vier Milliarden US-Dollar für den Kauf russischer Waffen, die 2011 gewährt wurden (<https://www.rbc.ru/economics/24/01/2019/5c49bbac9a79475ffe868c49>). Diesen Kredit hat Russland im November 2017 zum dritten Mal restrukturiert: Die Gesamtschulden Venezuelas wurden auf rund drei Milliarden US-Dollar festgesetzt, das endgültige Rückzahlungsdatum wurde auf das Jahr 2027 verschoben. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage ist nicht auszuschließen, dass Venezuela um eine erneute Umschuldung bitten wird. Im Austausch für einen Schuldenerlass könnte Russland eine noch höhere Beteiligung an den Ölförderprojekten von Maduros Regierung verlangen. Sollte jedoch die venezolanische Opposition an die Macht kommen, wird diese aller Wahrscheinlichkeit nach von einer derartigen Abmachung mit Russland Abstand nehmen.

Die rechtzeitige Rückzahlung von Krediten scheint für Russland aber keine Priorität zu haben. Moskaus Interesse konzentriert sich offensichtlich auf die Zusammenarbeit im Energiesektor. Die starke Position in der Ölförderindustrie des südamerikanischen Landes will Russland in jedem Fall behalten, auch unter der Sanktionslast der USA und trotz eines erheblichen Rückgangs der Ölförderung in Venezuela. Denn diese sichert Russlands geopolitische Präsenz in der Region und den politischen Einfluss auf Caracas. Unter dem zunehmenden Druck der US-Sanktionen hat Rosneft im vergangenen Jahr angekündigt, aus allen Projekten auszusteigen und sich aller venezolanischen Vermögenswerte zu entledigen. Stattdessen erhält eine Firma, deren Name unbekannt ist, die sich aber zu 100 Prozent im Besitz der russischen Regierung befindet, alle Vermögenswerte von Rosneft in Venezuela, darunter Anteile an den fünf Förderprojekten, Ölservicegesellschaften und Handelsgeschäften.

Für den Moment hat Russland somit einen Weg gefunden, der es ermöglicht, sowohl im strategisch wichtigen Venezuela zu verbleiben als auch die Rosneft-Aktionäre zu schützen. Zugleich hat Russland dazu beigetragen, die derzeitige Regierung in Caracas noch für einige Zeit an der Macht zu halten.

Über die Autorin

Dr. Alexandra Sitenko ist außenpolitische Analytikerin. Ihre Forschungsgebiete sind Geopolitik, Außenpolitik, strategische Partnerschaften und interregionale Beziehungen.

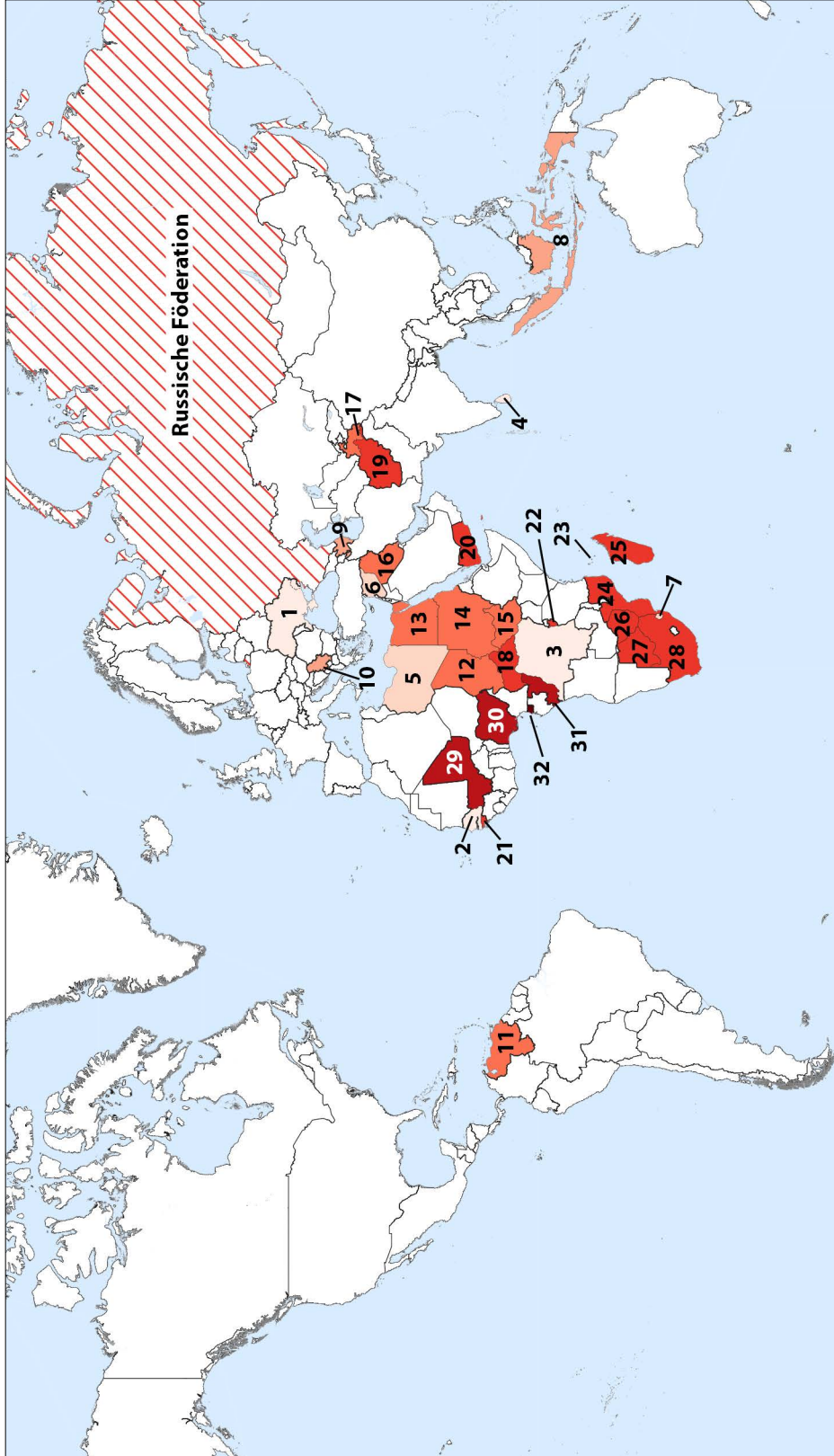
Lesetipps

- Sitenko, Alexandra (2013): Die Transatlantischen Beziehungen zwischen Venezuela und Russland. Außenpolitische Vorstellungen und Interessen: Wissenschaftlicher Verlag Berlin.
- Sitenko, Alexandra (2021): Strategische Partnerschaften in der Außenpolitik. Die Beziehungen zwischen Russland und Ländern Lateinamerikas im 21. Jahrhundert, Opladen/Berlin/Toronto: Budrich Academic Press.
- Uzcátegui, Alejandro Cardozo und Mijares, Víctor M.(2020): The versatile amalgam: Interests and corruption in Russia-Venezuela relations, in: *European Review of Latin American and Caribbean Studies*, Nr. 109 (2020): Januar–Juni, S. 181–202, <https://www.erlacs.org/articles/abstract/10.32992/erlacs.10557/>.

KARTE

Länder, in denen Söldner im Dienst von Russland aktiv sind

Karte 1: Länder, in denen Söldner im Dienst von Russland aktiv sind, seit 2014*



 seit 2014: 1 = Ukraine, 2 = Senegal, 3 = Demokratische Republik Kongo, 4 = Sri Lanka; seit 2015: 5 = Libyen, 6 = Syrien, 7 = Eswatini (bis 2018: Swasiland); seit 2016: 8 = Indonesien, 9 = Aserbaidschan, 10 = Serbien;
 seit 2017: 11 = Venezuela, 12 = Tschad, 13 = Ägypten, 14 = Sudan, 15 = Tadschikistan; seit 2018: 16 = Irak, 17 = Tadschikistan; seit 2018: 18 = Zentralafrikanische Republik, 19 = Afghanistan, 20 = Jemen, 21 = Guinea-Bissau, 22 = Burundi, 23 = Komoren, 24 = Mosambik, 25 = Madagaskar, 26 = Simbabwe, 27 = Botsswana, 28 = Südafrika; seit 2019: 29 = Mali, 30 = Nigeria, 31 = Republik Kongo; seit 2020: 32 = Äquatorialguinea

* Die Daten repräsentieren die früheste glaubwürdige Quelle, die auf eine Präsenz von PMCs in einem Land hinweisen. Nicht alle PMC-Stationierungen halten noch an.
 Quelle: Katz, B. et al., Moscow's Mercenary Wars: The Expansion of Russian Private Military Companies, September 2020, Center for Strategic & International Studies; <https://russianpmcs.csis.org/>; Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS, mit Geodaten von https://gadm.org/download_country_v3.html

RANKING

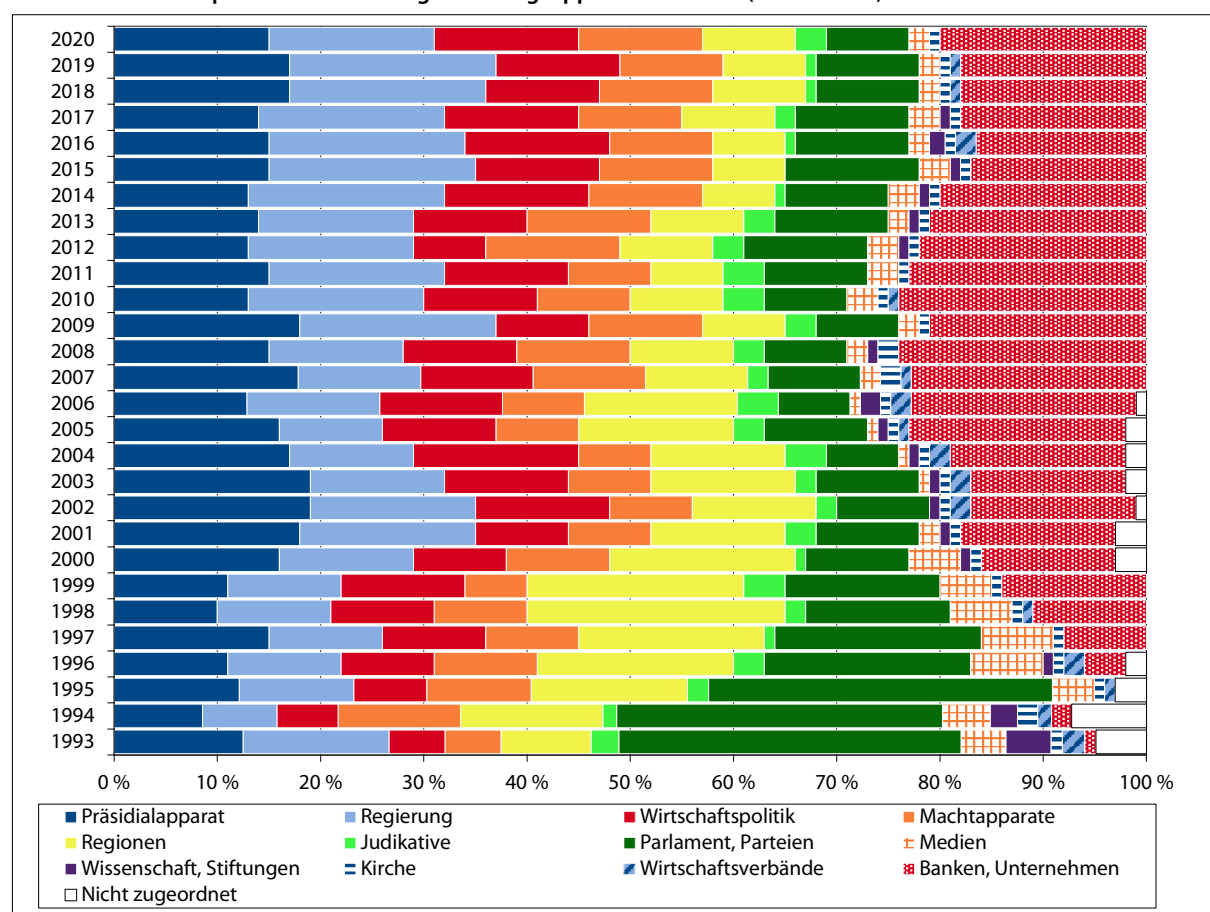
Das Elite-Ranking der »Nesawisimaja gaseta«

Zur Bedeutung des Rankings

Das Ranking, das die »Nesawisimaja gaseta« monatlich publiziert und dann einmal im Jahr zusammenfasst, misst nicht reale Macht. Es gibt lediglich Einschätzungen der befragten Politiker und Experten wieder. Dokumentiert wird also die Wahrnehmung politischer »Wichtigkeit«. So wird die russische Führungselite über die Reputation identifiziert, nicht aufgrund der Position im Staat oder des – ohnehin nur sehr schwer messbaren – Einflusses einer Person auf Entscheidungsprozesse.

Die Rankings, die erstmal 1993 publiziert wurden, geben also die Wahrnehmungen der politischen Klasse wieder und erlauben – mit der gebührenden Vorsicht – Rückschlüsse auf die Entwicklung des politischen Systems. Gruppirt man wie in Grafik 1 die Politiker nach ihren Funktionen, dann wird deutlich, dass sich die Gewichte innerhalb der Führungsebene durchaus verschieben können – am deutlichsten zwischen 1993 und 1999. Zugleich zeigt sich aber auch, dass sich seit dem Amtsantritt Putins als Präsident im Jahr 2000 eine stabile Mehrheit von Vertretern der Exekutive (Präsidialadministration, Regierung, Wirtschaftspolitiker, Machtapparate) herausgebildet hat. Die zweitwichtigste Gruppe sind die Wirtschaftsakteure, die staatliche oder private Großunternehmen und Banken leiten. Es ist diese Partnerschaft von Exekutive und Kapital, die die politische Realität Russlands seit 20 Jahren bestimmt.

Grafik 1: Perzeption der Bedeutung von Elitegruppen in Russland (1993 – 2020)



Quelle: alljährliche Rankings in der Nesawisimaja gasete, zuletzt: Orlov, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2020 godu, in: Nesawisimaja Gasete, 12. Januar 2021; https://www.ng.ru/ideas/2021-01-11/7_8053_100.html.

Zur Methodik

Ermittelt wird das Ranking durch die Befragung von Politikern bzw. Politikexperten (monatlich schwankend zwischen 24 und 27), die eine Liste ausgewählter Akteure auf einer 10-Punkte-Skala bewerten. Sie können auch ihrerseits Per-

sonen benennen, die dann der Liste hinzugefügt werden. Drei Punkte sind für die Einordnung wichtig: Erstens werden in dem Zeitungsranking für gewöhnlich Personen als wichtig eingestuft, die oft im Scheinwerferlicht stehen, etwa Pressesprecher Dmitrij Peskow (Platz 16) und Außenminister Sergej Lawrow (Platz 9). Zweitens ist eine Befragung von Politikern und Experten Grundlage der Rangliste. Bei der Interpretation des Rankings muss man sich der speziellen Perspektive der Juroren bewusst sein. Zu den Experten zählt zum Beispiel auch Sergej Briljow vom Staatssender Rossija, der verantwortliche Redakteur Dmitrij Orlow ist Funktionär bei der Partei »Einiges Russland«. Drittens ergibt sich das 2020-Ranking aus dem Mittelwert der einzelnen Monate. Allerdings werden nur Personen berücksichtigt, die mindestens sechs Monate in den Top 100 vertreten waren. Manche Verschiebungen, wie die Kabinettsumbildung im November, bildet die Rangliste daher nicht vollständig ab.

Die Auswahl der Eliteakteure beschränkt sich nicht auf Inhaber von Regierungsämtern, Abgeordnete und Parteipolitiker, sie bezieht auch Regionalvertreter, Juristen, Medienvertreter, Kirchenleute und Wirtschaftsakteure mit ein. Das Ranking ist also tatsächlich der Versuch, eine Liste der mächtigsten Russen zu erstellen. Aus den Punktwertungen werden Durchschnittswerte ermittelt. Die Punktzahl entscheidet schließlich über den Platz im Ranking. Am Ende des Jahres werden aus den Monatsrankings Durchschnittswerte ermittelt, aus denen sich dann das Jahresranking der »100 führenden Politiker« ergibt. In Tabelle 1 auf Seite 17–19 sind Vertreter der politischen Elite der Plätze 1 bis 20 mit sehr hohem Einfluss und der Plätze 21 bis 50 mit hohem Einfluss abgebildet.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Die politische Elite im Jahre 2020: Regierungswechsel, Covid-19-Pandemie und Verfassungsreform

Henning Saßenrath (Universität Passau)

Die Beförderung Michail Mischustins vom Chef der Steuerbehörde zum Premierminister am 15. Januar überragte alle anderen Veränderungen in der Rangliste. Mischustin selbst stieg von Platz 57 auf Platz 2 hinter Putin auf. Elf der siebzehn Personen, die es zum ersten Mal in die Top 100 geschafft haben, sind Mitglieder der neuen Regierung. Mischustin nimmt damit den Platz ein, den zuvor auch Dmitrij Medwedew als Premierminister innehatte. Abhängig von der Stärke des Präsidenten und seinem eigenen politischen Gewicht kann der Premierminister im russischen System stärker oder schwächer sein – Putin etwa belegte auch zwischen 2008 und 2012 als Premierminister den ersten Platz im Ranking. Medwedew befindet sich immerhin noch auf Platz 5 des Rankings, nachdem er kurz nach seinem Rücktritt den eigens für ihn geschaffenen Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrates eingenommen hat. Als Stellvertreter von Putin und Gegenspieler des langjährigen Sekretärs des Sicherheitsrats, Nikolaj Patruschew, bleibt Medwedew eine der zentralen Figuren in der russischen Elite.

Innerhalb der Regierung konnten sich zwei der elf Stellvertreter Mischustins stark verbessern: Der Ökonom Andrej Belousow von Platz 25 auf 13; Jurij Borisow, zuständig für die Rüstungsindustrie, von Platz 50 auf 31. Belousow war vor 2020 Wirtschaftsberater des Präsidenten in der Präsidentialadministration, Borisow ist bereits seit 2018 stellvertretender Premierminister. Aleksandr Nowak (Platz 41), Energieminister seit 2012, wurde zum stellvertretenden Premierminister befördert und übersieht auch in der neuen Position den Energiesektor, was seit Januar 2020 übergangsweise in Borisows Amtsbereich fiel.

Igor Krasnow, der neue Generalstaatsanwalt, ist zum ersten Mal im Ranking und belegt Platz 29, fast denselben Platz wie 2019 sein Vorgänger Jurij Tschajka. Tschajka, nun Putins Präsidentialvertreter im Nordkaukasus, fällt von Platz 28 auf 88. Diese Auswechslung zeigt, dass die Macht von Krasnow und zuvor Tschajka direkt an ihre Position gekoppelt ist. Damit wird der Unterschied zwischen formeller und informeller Macht in Russland deutlich: Der enge Putin-Vertraute Dmitrij Kosak war 2020 als stellvertretender Premierminister abberufen worden und ist nun als stellvertretender Stabschef der Präsidentialadministration unter anderem für die Ukraine zuständig, fiel aber lediglich von Platz 22 auf Platz 34. Für seinen Vorgänger, den schillernden Wladislaw Surkow, war dieser Posten im Nachhinein betrachtet ein Abstellgleis – er ist 2020 zum ersten Mal nicht mehr in den Top 100.

Hier zeigt sich die Rolle Putins als Schiedsrichter und es wird klar, weshalb Kabinettsumbildungen wie im Januar und November in Russland selten sind. Da Putin verschiedene Elitegruppen austarieren muss, kommt es häufig zu Kettenreaktionen: Dmitrij Kosak, vor Januar 2020 als Vizepremier für den Energiesektor verantwortlich, ersetzt Sur-

kow in der Präsidentialverwaltung. Auf Kosak folgt übergangsweise Borisow, auf Borisow wiederum Nowak. Es spricht einiges dafür, dass auch Nowaks Nachfolger als Energieminister, der Technokrat Nikolaj Schulginow, ein Übergangskandidat sein wird. Einerseits wegen seines Alters von 69 Jahren, andererseits, weil er als ehemaliger Chef von Rusgidro aus der Stromherstellerbranche kommt und für die Öl- und Gasindustrie weitestgehend ein unbeschriebenes Blatt ist.

Das 2020-Ranking gibt noch in zwei anderen Punkten Aufschluss über informelle Machtnetzwerke: Zum einen der weitere Aufstieg von Personen mit häufigen persönlichen Kontakten zu Putin aus der Präsidentialverwaltung und seiner Leibgarde – in den Worten von Tatjana Stanowaja das »Gefolge Putins«. Dazu zählt zum Beispiel Dmitrij Kotschnew, Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSO), der sich von Platz 91 auf Platz 61 verbesserte. Zum anderen dokumentiert es den weiteren Aufstieg eines »Prinzlings«, das heißt des Sohnes eines Mitglieds der Machtelite: Der Landwirtschaftsminister Dmitrij Patruschew, Sohn von Nikolaj Patruschew, dem Sekretär des Sicherheitsrats, steigt von Platz 66 auf Platz 42.

Die Folgen der Corona-Pandemie für das Ranking 2020 sind deutlich sichtbar: Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin konnte sich von Platz 15 auf Platz 8 verbessern. Einerseits, da sein Handeln in der Hauptstadt Leitstern für Russlands Handeln bei der Covid-19-Eindämmung war. Außerdem war er als Vorsitzender der Covid-19-Arbeitsgruppe des Staatsrates das Bindeglied zwischen Regierung und Regionen und damit für die Umsetzung der Maßnahmen mitverantwortlich. Der neue Gesundheitsminister Michail Muraschko hingegen belegt Platz 95 und konnte sich auch in dem Ranking für Dezember bloß auf Platz 87 verbessern. Auch der relative Abstieg vieler Geheimdienstler und des Rostec-CEO Sergej Tschemesow (von Platz 10 auf 20) im Ranking kann als mittelbarer Effekt der Covid-19-Pandemie gelesen werden, weil der Fokus zumindest in der Wahrnehmung mehr auf zivile Themen der Innenpolitik gelenkt wurde. So fiel Aleksandr Bortnikow, Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, von Platz 8 auf Platz 14; Sicherheitsrats-Sekretär Nikolaj Patruschew von Platz 14 auf Platz 17. Auch die Verfassungsreform, durch die sich Putin mit der Annullierung seiner Amtszeiten die Möglichkeit geschaffen hat, im Jahr 2024 erneut zur Präsidentschaftswahl anzutreten, hinterlässt ihre Spuren. Nach anhaltenden Spekulationen über die gestiegene Rolle des Staatsrates im politischen System nach der Verfassungsreform ist der Sekretär des Staatsrates und Berater in der Präsidentialadministration Igor Lewitin von Platz 63 auf die Position 37 vorgerückt.

Über den Autor

Henning Saßenrath studiert Staatswissenschaften an der Universität Passau und beschäftigt sich im Rahmen des Studiums mit der russischen Machtelite. In seiner Masterarbeit untersucht er den Einfluss philosophischer, ökonomischer, politischer Denker und Ideen auf Nachwuchsführungskräfte in Russland.

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2020 im Vergleich zu den Vorjahren

Name	Funktion	Position im Ranking				
		2020	2019	2018	2017	2016
Putin, Wladimir	Präsident	1	1	1	1	1
Mischustin, Michail	Premierminister	2	55-57	46	62	55
Wajno, Anton	Leiter der Präsidentialadministration	3	4	3	3-4	12
Schojgu, Sergej	Verteidigungsminister	4	3	4	5	3
Medwedew, Dmitrij	Stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates, Vorsitzender von Einiges Russland	5	2	2	2	2
Setschin, Igor	Präsident des staatlichen Energiekonzerns »Rosneft«	6	7	6	3-4	7
Kirienko, Sergej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration (zuständig für innenpolitische Entwicklung, Gesellschaft und Internet/neue Medien)	7	5	5	6	47
Sobjanin, Sergej	Bürgermeister der Stadt Moskau	8	15	15	18-19	20
Lawrow, Sergej	Außenminister	9	9	10	8	5
Siluanow, Anton	Finanzminister	10	6	7	9	9
Nabiullina, Elwira	Vorstandsvorsitzende der Zentralbank	11	16	14	13	11

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2020 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking				
		2020	2019	2018	2017	2016
Wolodin, Wjatscheslaw	Vorsitzender der Staatsduma	12	13	12	7	4
Belousow, Andrej	Erster Stellvertretender Premierminister (zuständig für Wirtschaftspolitik)	13	25	23-24	26	34
Bortnikow, Aleksandr	Direktor des Inlandsgeheimdienstes (FSB)	14	8	8	10	10
Bastrykin, Aleksandr	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees	15	12	13	15	17
Peskow, Dmitrij	Pressesprecher des Präsidenten, Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration	16	11	11	11	13
Patruschew, Nikolaj	Sekretär des Sicherheitsrates	17	14	18	17	16
Kowaltschuk, Jurij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär, Vorsitzender des Direktorenrats der »Bank Rossija«	18	18	22	22	26
Gref, German	Vorstandsvorsitzender der »Sberbank«	19	20	21	20	23
Tschemesow, Sergej	Generaldirektor des staatlichen Rüstungs- und Technologiekonzerns »Rostech«	20	10	9	14	21
Gromow, Aleksej	Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration (zuständig für »alte« Medien wie Fernsehen, Radio, Print)	21	19	16	21	19
Miller, Aleksej	Vorstandsvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung des Energiekonzerns »Gazprom«	22	17	20	23-24	18
Golikowa, Tatjana	Stellvertretende Premierministerin (zuständig für Sozialpolitik)	23	21	19	31	28
Kolokolzew, Wladimir	Innenminister	24	32	30	33	32
Kirill	Patriarch von Moskau und der ganzen Rus	25-26	27	17	16	8
Naryschkin, Sergej	Leiter des Auslandsnachrichtendienstes (SWR)	25-26	29	37-38	40	24-25
Matwienko, Walentina	Vorsitzende des Föderationsrates	27	24	28	29-30	24-25
Solotow, Wiktor	Oberbefehlshaber der Nationalgarde (des Föderalen Dienstes der Truppen der Nationalgarde der Russischen Föderation)	28	26	25	18-19	15
Krasnow, Igor	Generalstaatsanwalt	29				
Timtschenko, Gennadij	Finanzmann, Unternehmer, Milliardär. Bis 2014 Miteigentümer der »Gunvor Group«. Besitzt Anteile von Nowatek, Sibur, Strojtransneftgas, Strojtransgas und Transoil.	30	31	35	32	35
Borisow, Jurij	Stellvertretender Premierminister (zuständig für den Militär-Industriellen Komplex)	31	50	82		
Kudrin, Aleksej	Vorsitzender des Rechnungshofs	32	33	29	55-56	51
Rotenberg, Arkadij	Milliardär, Finanzier, Bauunternehmer. Besitzt Anteile an Mostotrest, Minudobrenija, dem Flughafen Scheremetjewo und der SMP Bank.	33	23	23-24	25	22
Kosak, Dmitrij	Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration. Als Nachfolger von Wladislaw Surkow zuständig für Territorialkonflikte im postsowjetischen Raum (v. a. Donbas, Transnistrien, Südossetien und Abchasien), aber auch Belarus.	34	22	26	34	48-49
Kostin, Andrej	Finanzmann, Vorstandsvorsitzender der staatlichen Außenhandelsbank VTB	35	36-37	32	42	64
Gerasimow, Walerij	Chef des Generalstabs der Streitkräfte, Vertreter des Verteidigungsministers	36	39	52	69	83
Lewitin, Igor	Berater des Präsidenten in der Präsidialadministration, Sekretär des Staatsrates	37	63-64	64	57	50

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Die 50 führenden politischen Akteure in Russland 2020 im Vergleich zu den Vorjahren (Fortsetzung)

Name	Funktion	Position im Ranking				
		2020	2019	2018	2017	2016
Turtschak, Andrej	Stellvertretender Vorsitzende des Föderationsrates, der oberen Kammer der Föderalversammlung, Sekretär des Generalrates von Einiges Russland	38	42	49-50		
Manturow, Denis	Minister für Industrie und Handel	39	43	43	48	57-58
Trutnew, Jurij	Stellvertretender Premierminister, Bevollmächtigter Vertreter des Präsidenten für den Föderalbezirk Fernost	40	44	41-42	41	40-41
Nowak, Aleksandr	Stellvertretender Premierminister (zuständig für Energiewirtschaft)	41	34-35	54	55-56	60-61
Patruschew, Dmitrij	Landwirtschaftsminister. Sohn des Sekretärs des Sicherheitsrates Nikolaj Patruschew	42	66-68			
Chusnullin, Marat	Stellvertretender Premierminister (zuständig für Bauwirtschaft)	43				
Ernst, Konstantin	Produzent, Medienmanager und Generaldirektor des Ersten Kanals	44	45	45	58	46
Jarin, Andrej	Leiter der Abteilung für Innenpolitik in der Präsidentialadministration	45	40	34	35	
Grigorenko, Dmitrij	Stellvertretender Ministerpräsident (Leiter des Regierungsapparats)	46				
Dobrodejew, Oleg	CEO der staatlichen Medienholding-Gesellschaft WGTRK (Allrussische staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft)	47	66-68	63	64	52
Alekperow, Wagit	Hauptaktionär von »Lukoil«, Milliardär	48	59-60	61	65	70
Abramowitsch, Roman	Milliardär, Mäzen, Unternehmer. Miteigentümer von Ewras	49-50	61	53	45-46	43
Brytschowa, Larissa	Beraterin des Präsidenten, Leiterin der Abteilung für Staat und Recht in der Präsidentialverwaltung	49-50	41	37-38	45-46	42

Anmerkung der Redaktion: **Fett** hervorgehoben sind die Akteure, die Stand 10.11.2020 ihren Posten in der im Januar neu gebildeten und im November noch einmal veränderten Regierung behalten haben. **Kursiv-fett** sind Akteure, die 2020 entweder neu im Ranking sind oder einen bedeutenden Sprung nach vorne vollzogen haben.

Quelle: Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2020 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 12. Januar 2021; https://www.ng.ru/ideas/2021-01-11/7_8053_100.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2019 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 13. Januar 2020; http://www.ng.ru/ideas/2020-01-13/7_7766_people.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2018 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 10. Januar 2019; http://www.ng.ru/ideas/2019-01-09/7_7477_ideas.html. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2017 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2018; <http://www.ng.ru/ideas/2018-01-11/57148100politics.html>. Orlow, Dmitrij: 100 weduschtschich politikow Rossii w 2016 godu, in: Nesawisimaja Gaseta, 11. Januar 2017; <http://www.ng.ru/ideas/2017-01-11/56899100politik.html>.

DEKODER

Russlandweite Proteste – wie nervös macht Nawalny den Kreml?

Jan Matti Dollbaum (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung Dekoder

Russlandweit sind am vergangenen Sonntag wieder tausende Menschen auf die Straßen gegangen, um ihre Solidarität mit dem inhaftierten Oppositionspolitiker Alexej Nawalny zu bekunden. Bereits zuvor hatte es zahlreiche Festnahmen und Durchsuchungen gegeben, Mitarbeiter und Verbündete Nawalnys wurden teilweise unter Hausarrest gestellt, etwa sein Bruder Oleg Nawalny.

Bei den Protesten am Sonntag schließlich kam es landesweit zu mehr als 5000 Festnahmen, wie die NGO OWD-Info berichtet. In Sozialen Netzwerken machten Bilder von Polizeigewalt die Runde, Spezialeinheiten setzten etwa Elektroschocker ein.

Was treibt die Menschen auf die Straße? Weshalb die hohe Polizeigewalt? Und wie nervös ist der Kreml? Ein Bystro* in fünf Fragen und Antworten von Jan Matti Dollbaum.

1. Derzeit registrieren wir die größten Proteste mindestens seit 2012. Woher kommt dieser Unmut? Sind das alles nur Nawalny-Befürworter? Oder ist der gemeinsame Nenner Protest gegen Putin?

Nawalny ist in russischen Oppositionskreisen eine durchaus kontroverse Figur. Das ist zum einen seiner Neigung geschuldet, sich auf Social Media unerbittlich zu streiten – auch mit politisch Gleichgesinnten. Es liegt zum anderen auch an seinen politischen Positionen und Strategien, mit denen weder Linke noch Liberale durchgehend sympathisieren. Doch zurzeit sind solche Differenzen vorübergehend einer breiten Solidarität gewichen – angesichts des Giftanschlags und Nawalnys mutigen Entschlusses, nach Russland zurückzukehren, obwohl die Verhaftung drohte. Das heißt: Es sind nicht alle dort glühende Nawalny-Fans, aber die meisten sind erbost darüber, wie ihm mitgespielt wurde. Hinzu kommen mittlerweile auch Wut und Fassungslosigkeit darüber, wie die Polizei mit friedlichen Demonstranten umgeht. Und immer klarer spitzt sich der Protest auf Putin zu. Dazu trägt Nawalnys Film über Putins Palast sicher einen Teil bei – zumindest indem er denjenigen, die ohnehin an Putin zweifeln, weitere Argumente an die Hand gibt.

2. Es gibt zahlreiche Verhaftungen und Festnahmen, Strafverfahren, die eingeleitet werden. Wie nervös ist die Regierung?

Den Verantwortlichen im Kreml wird dieser Tage oft Nervosität attestiert. Und tatsächlich sitzt Putin nicht mehr so fest im Sattel wie noch vor drei Jahren. Der Grund dafür sind aber nicht die Proteste selbst, sondern das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in den Präsidenten. Solange es keine Aufrüstung und koordinierte Gewalt der Protestierenden gibt (und das ist nicht zu erwarten), würde der Sicherheitsapparat auch mit größeren Protesten locker fertig werden (Wasserwerfer wurden bislang noch nicht aufgefahren). Die Verhaftungen und Strafverfahren sind deshalb weniger ein Zeichen von Nervosität, sondern ein Teil der Abschreckungsbotschaft, die schon seit 2012 gilt und seitdem immer deutlicher gemacht wird: Wer politisch protestiert, muss mit Repression rechnen. Das Polizeiaufgebot und der Gewalteininsatz sind also nicht deshalb so hoch, weil der Kreml aktuell Massen erwartet, sondern um die Ausichtslosigkeit des Widerstands zu kommunizieren.

3. Wie ist vor diesem Hintergrund der Prozess gegen Alexej Nawalny zu bewerten, der für den morgigen Dienstag, 2. Februar, angesetzt ist?

Die erneuten Proteste diesen Sonntag haben gezeigt, dass Nawalny ein größeres Mobilisierungspotential hat, als man es sich im Kreml eingestehen wollte: Trotz Verhaftungen und Strafverfahren seit vergangener Woche gingen wieder Zehntausende auf die Straßen. Die Überlegungen im Kreml werden jetzt dahin gehen, wie dieses Potential am effektivsten auszubremsen ist: Lässt man Nawalny frei und hofft auf ein langsames Abflauen, riskiert aber, dass er jetzt die Opposition hinter sich vereinigt? Oder schickt man ihn für mehrere Jahre ins Gefängnis, nimmt in Kauf, dass er zur Symbolfigur des Widerstands wird und weitere Proteste möglicherweise noch repressiver niedergeschlagen werden müssen? Die Entscheidung bleibt abzuwarten, doch die zweite Variante ist wahrscheinlicher.

4. Ende 2020 hat die Duma eine ganze Reihe schärferer Gesetze beschlossen, betroffen ist auch das Demonstrationsrecht. Es geht demnach um die Aufrechterhaltung der Sicherheit des öffentlichen Raums. Wie viel haben die Maßnahmen aber auch mit der Dumawahl 2021 zu tun?

Bei Protesten geht es in Russland – wie auch anderswo – viel um die öffentliche Wirkung. Wenn man, wie der Kreml, politischen Protest diskreditieren will, dann hilft es, wenn man diesen Protest als »illegal« bezeichnen kann. Auch ein harscher Polizeieinsatz lässt sich so leichter öffentlich rechtfertigen. Die Regeln zu verschärfen ergibt also schon allein aus dieser Perspektive heraus Sinn. Da es anlässlich der Lokalwahlen in Moskau schon zu großen Protesten kam, und auch jetzt wieder zahlreiche oppositionelle Kandidaten antreten (und wahrscheinlich nicht zugelassen) werden, ist auch diesmal mit Protest zu rechnen. Die Gesetze sind also sicher auch mit Blick auf die Wahlen erlassen worden.

5. Auch das sogenannte ausländische Agentengesetz wurde verschärft. Was sind da die wichtigsten Änderungen, und wie sind sie zu bewerten?

Bereits seit 2019 kann das Justizministerium nicht nur Nichtregierungsorganisationen, sondern auch Medien auf die Liste ausländischer Agenten setzen. Im Februar 2020 kamen dann auch Einzelpersonen dazu, die öffentlich Informationen verbreiten und Geld aus dem Ausland erhalten. Die jetzigen Änderungen verschärfen dies noch einmal: Nun

kann jede »politische Tätigkeit« in Kombination mit ausländischer Geldquelle dazu führen, dass man auf der Liste landet. Was als politische Tätigkeit gilt, ist dabei höchst vage. Ein weiterer Trick: Die ausländische Finanzierung muss ab jetzt überhaupt nicht mehr mit der »politischen Tätigkeit« in Zusammenhang stehen.

Weitere wichtige Änderungen besagen, dass das Label Ausländischer Agent auch an Organisationen vergeben werden kann, die nicht offiziell registriert sind. Dies ist insbesondere deshalb brisant, weil zudem alle Medien verpflichtet sind, den Status jedesmal zu nennen, wenn sie öffentlich über einen sogenannten Ausländischen Agenten berichten.

Es scheint also insgesamt, als hätte sich aus Sicht des Kreml das Gesetz, das 2012 erlassen wurde, bewährt.

Stand: 01. Februar 2021

**Das französische Wort Bistro stammt angeblich vom russischen Wort bystro (dt. schnell). Während der napoleonischen Kriege sollen die hungrigen Kosaken in Paris den Kellnern zugerufen haben: »Bystro, bystro!« (dt. »Schnell, schnell!«) Eine etymologische Herleitung, die leider nicht belegt ist. Aber eine schöne Geschichte.*

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekode.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekode für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Nawalnys Schlusswort: »Einen einsperren, um Millionen einzuschüchtern«

Einleitung Dekoder

Der Oppositionelle Alexej Nawalny muss für mehr als zweieinhalb Jahre ins Gefängnis. Ein Gericht in Moskau hat heute entschieden, eine Bewährungsstrafe des Politikers in eine Haftstrafe umzuwandeln – weil er gegen die Bewährungsauflagen verstoßen habe.

2014 waren Alexej Nawalny und sein Bruder Oleg im Fall Yves Rocher zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Während sein Bruder ins Gefängnis kam, erhielt Alexej Nawalny die Strafe zur Bewährung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hatte das Urteil 2017 für »willkürlich und deutlich rechtswidrig« befunden, Russlands Oberstes Gericht bestätigte es dennoch.

Von den dreieinhalb Jahren werden nun zehn Monate Hausarrest abgezogen, die Nawalny bereits abgesessen hatte, so dass er für zwei Jahre und acht Monate in Haft kommt. Nawalnys Anwältin kündigte Berufung an. Zahlreiche westliche PolitikerInnen kritisieren das Urteil. Noch am Dienstagabend, 2. Februar, versammelten sich Demonstrierende und auch zahlreiche Sicherheitskräfte in Moskaus Innenstadt. Im Laufe des Tages sind laut OWD-Info mehr als 900 Menschen festgenommen worden, die aus Solidarität mit Nawalny zum Moskauer Stadtgericht gekommen sind oder nach der Urteilsverkündung im Moskauer Zentrum protestiert haben.

Meduza hat Nawalnys Schlusswort transkribiert – dekode bringt es in deutscher Übersetzung.

»Ich würde gern mit der juristischen Frage beginnen, die mir am wichtigsten erscheint und die bei dieser Anhörung bisher irgendwie übersehen wurde. Denn das alles wirkt ein bisschen merkwürdig, oder? Also da sitzen zwei. Der eine meint: »Ach, lass uns Nawalny dafür einbuchen, dass er nicht montags, sondern donnerstags (zur Bewährungsstelle) gekommen ist.« Der andere meint: »Ach, lass uns Nawalny dafür einbuchen, dass er, nachdem er aus dem Koma erwacht ist, nicht sofort hergekommen ist und sich gemeldet hat.« Und dann läuft die Anhörung, alle reden über Montage, Donnerstage, wann und wohin man welche Papiere schicken muss und so weiter. Doch ich möchte ein paar Worte über den kleinen Elefanten hier im Raum sagen.

Man will mich in einem Fall hinter Gitter bringen, in dem ich schon als unschuldig anerkannt bin. Ein Fall, der schon als konstruiert anerkannt wurde. Das ist nicht meine persönliche Meinung: Wir können jedes beliebige Lehrbuch für Strafrecht aufschlagen – ich hoffe, euer Ehren, dass Sie das einige Male in Ihrem Leben gemacht haben – und werden sehen, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Teil des russischen Rechtssystems ist, unter anderem, weil Russland Mitglied des Europarats ist. Es gibt bindende Entscheidungen. Und ich habe, nachdem ich den ganzen Prozess durchlaufen habe, den EGMR angerufen. Und der EGMR hat eine Entscheidung gefällt, in der schwarz auf weiß geschrieben steht, dass nicht mal ein Straftatbestand vorliegt.

Der Fall, aufgrund dessen ich, warum auch immer, in diesem merkwürdigen Käfig sitze, ist vollständig konstruiert. Mehr noch, die Russische Föderation hat diese Entscheidung sogar anerkannt. Denn man hat mir eine Entschädigung gezahlt und damit die Entscheidung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anerkannt. Nichtsdestotrotz hat mein Bruder für diese Sache dreieinhalb Jahre im Gefängnis gesessen und ich stand ein Jahr unter Hausarrest.

Ein wenig Mathematik: 2014 wurde ich verurteilt, bekam dreieinhalb Jahre und jetzt haben wir das Jahr 2021, aber ich werde immer noch wegen dieses Falls verurteilt. Dabei wurde ich bereits für unschuldig erklärt, ein Straftatbestand liegt nicht vor, und dennoch: Mit der Verbissenheit eines Besessenen fordert unser Staat, mich in diesem Fall ins Gefängnis zu bringen.

Aber warum ausgerechnet in diesem Fall? Es gibt ja sicherlich keinen Mangel an Strafverfahren gegen mich, oder? Erst kürzlich wurde noch ein weiteres eingeleitet. Nichtsdestotrotz wollte jemand, dass ich bei meiner Rückkehr nicht einen einzigen Schritt als freier Mensch in das Staatsgebiet unseres Landes mache. Von dem Moment an, als ich die Grenze überschritt, war ich ein Gefangener. Und wir wissen, wessen Gefangener. Wir wissen, weshalb das passierte. Der Grund für all das sind der Hass und die Angst eines einzelnen Menschen, der im Bunker lebt. Weil ich ihn zutiefst kränkte, indem ich überlebte, nachdem man versucht hatte, mich auf seinen Befehl hin umzubringen.

Ich habe ihn zutiefst gekränkt, indem ich überlebte. Dank guter Menschen – Piloten und Ärzte. Und dann habe ich ihn noch mehr gekränkt, weil ich mich, nachdem ich überlebt hatte, nicht versteckte, nicht unter Personenschutz in einem etwas kleineren Bunker lebte, den ich mir hätte leisten können. Und danach wurde es ganz schlimm. Nicht nur, dass ich überlebt hatte, nicht nur, dass ich keine Angst hatte und mich nicht versteckte – ich habe auch noch an den Recherchen bezüglich meiner eigenen Vergiftung mitgearbeitet. Und wir haben gezeigt und bewiesen, dass es Putin war, mittels des FSB, der diesen Mordversuch durchgeführt hat. Und ich war nicht der Einzige. Und jetzt wissen es die Menschen und werden noch viel mehr erfahren. Und genau das macht dieses kleine diebische Menschlein in seinem Bunker verrückt. Genau diese Tatsache – dass alles rauskam, verstehen Sie?

Da ist nichts mit hohen Umfragewerten, oder gewaltiger Unterstützung. Nichts dergleichen. Weil klar wurde: Um mit einem politischen Gegner fertig zu werden, der weder das Fernsehen noch eine politische Partei hinter sich hat, muss man einfach versuchen ihn mit einem chemischen Kampfstoff umzubringen. Und natürlich wird Putin da verrückt. Weil sich alle davon überzeugen konnten, dass er einfach ein kleiner Beamter ist. Den man zufälligerweise auf den Posten des Präsidenten gestellt hat. Der weder an Debatten noch an Wahlen teilgenommen hat. Und dessen einzige Kampfmethodik der Versuch ist Menschen zu töten. Und wie sehr er sich auch darstellen wollte als großartiger Geopolitiker, großartiger Leader der Welt, so ist in Bezug auf mich seine schlimmste Kränkung nun, dass er in die Geschichte als Giftmörder eingehen wird.

Wisst ihr, es gab Alexander den Befreier. Jaroslaw den Weisen. Und nun kommt Wladimir der Vergifter der Unterhosen. Als der wird er eingehen in die Geschichte.

Ich stehe hier, schon von der Polizei bewacht, die russische Nationalgarde ist aufmarschiert, halb Moskau ist abgesperrt aus dem einzigen Grund, weil ein kleiner Mann im Bunker durchdreht. Weil wir bewiesen und gezeigt haben, dass er sich nicht mit Geopolitik beschäftigt, sondern Beratungen abhält, auf denen er entscheidet, wer politischen Opponenten die Unterhosen klaut, sie mit chemischen Kampfstoffen einreibt und versucht sie zu töten.

Entscheidend in diesem Prozess ist gar nicht, wie er für mich endet. Mich einzusperren ist keine Kunst, ob nun in diesem oder einem anderen Fall. Entscheidend ist, wozu das passiert – zur Einschüchterung einer riesigen Menge von Menschen. Das funktioniert genau so: Einen einsperren, um Millionen einzuschüchtern.

In Russland leben 20 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Und dutzende Millionen leben ohne die geringste Perspektive. In Moskau lässt es sich noch mehr oder weniger leben. Aber sobald man 100 Kilometer rausfährt, trifft man auf absoluten Stillstand. Unser ganzes Land lebt in diesem absoluten Stillstand, ohne jegliche Perspektive. Von 20.000 Rubel [etwa 200 Euro – dek]. Und alle schweigen sie, man versucht ihre Mäuler zu stopfen mit genau solchen Schauprozessen.

Ich hoffe sehr, dass die Leute diesen Prozess nicht als Signal auffassen dafür, dass sie noch mehr Angst haben sollen. Das ist keine Demonstration von Stärke, das ist eine Demonstration von Schwäche. Millionen und Hunderttausende kann man nicht einsperren. Und ich hoffe sehr, dass die Leute sich dessen mehr und mehr bewusst werden. Und wenn sie sich dessen bewusst geworden sind – und dieser Moment wird kommen – dann wird das alles in sich zusammenfallen. Denn ihr werdet nicht das ganze Land einsperren.

All die Menschen, denen ihr die Perspektiven und die Zukunft genommen habt, leben in einem extrem reichen Land und bekommen Null ab von den nationalen Reichtümern. Bei uns mehrt sich nur die Anzahl der Milliardäre, alles andere schrumpft, verstehen Sie das? Ich sitze in meiner Zelle und höre Reportagen darüber, dass die Butter teurer geworden ist, dass Nudeln teurer geworden sind, dass Eier teurer geworden sind. Im Jahr 2021! Eine Exportnation von Öl und Gas.

Alles, was sich sage, drückt meine Einstellung zu der Theatervorstellung aus, die Sie hier aufführen. Es kommt vor, dass Gesetzlosigkeit und Willkür das Wesen eines politischen Systems ausmachen. Und das ist schlimm.

Aber es geht noch schlimmer, nämlich wenn Gesetzlosigkeit und Willkür sich in die Roben von Staatsanwalt und Richter hüllen. Es ist die Pflicht eines jeden Menschen, sich weder Ihnen noch solchen Gesetzen zu unterwerfen.

Ich kämpfe, wie ich nur kann. Und ich werde das fortsetzen, auch wenn ich völlig unter der Kontrolle derer stehe, die leidenschaftlich alles mit chemischen Kampfstoffen einreiben wollen. Mein Leben ist wohl keine drei Kopeken mehr wert. Und trotzdem rufe ich alle dazu auf, keine Angst zu haben und alles zu tun, damit das Gesetz siegt.

Ich grüße und danke allen Mitarbeitern des Fonds für Korruptionsbekämpfung, die derzeit unter Arrest stehen. Und allen im ganzen Land, die keine Angst haben und auf die Straße gehen, denn sie haben die gleichen Rechte wie Sie. Denn unser Land gehört denen genauso wie Ihnen und allen anderen. Wir sind ebensolche Bürger. Und wir fordern eine normale Rechtsprechung, dass man uns anständig behandelt, an Wahlen teilnehmen lässt und an der Verteilung der nationalen Reichtümer.

In Russland gibt es derzeit viele gute Dinge. Aber das Beste sind jene Menschen, die keine Angst haben, die nicht den Blick senken und den Tisch anstarren. Die niemals unser Land abgeben werden an das Häuflein käuflicher Beamter, das unsere Heimat gegen Paläste, Weingüter und Aqua-Discos eintauscht.

Ich fordere sofortige Freiheit für mich und alle anderen Inhaftierten. Ich erkenne Ihre Vorstellung nicht an – sie ist illegal und voller Lüge.«

Übersetzung (gekürzt) von der dekodeR-Redaktion

Stand: 02.02.2021

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekodeR.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekodeR für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

NOTIZEN AUS MOSKAU

Von 2011 zu 2021. Zehn Jahre danach.

Von Jens Siegert (Moskau)

Zwei, wenn auch eindrucksvolle Protesttage machen noch keine Protestbewegung. Ob der gegenwärtige Unmut über die Vergiftung und Verhaftung von Alexej Nawalnyj länger anhalten wird, muss sich erst noch zeigen. Die harte, ja selbst in Putins Russland beispiellos brutale Reaktion des Staates auf die Proteste am 23. und 31. Januar (und am 2. Februar nach der Urteilsverkündung) mit über 10.000 Festnahmen, 54 Strafverfahren und allein in Moskau knapp 5.000 sogenannter Administrativverfahren (die meist mit Geldstrafe oder *Administrativhaft* enden (Zahlen von OVD-Info und RBK) zeigt aber zumindest, dass der Kreml sie (sehr) ernst nimmt. Die bisher letzte vergleichbare Herausfor-

derung war der Protestwinter 2011/2012. Lässt sich das vergleichen? Was ist gleich? Was ist neu? Was ist anders?

2011 waren kurz zuvor rund 10 Jahre einer beispiellos guten wirtschaftlichen Konjunktur zu Ende gegangen. Aus ihr, der Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des russischen Staates auf vielen Ebenen (die aber auch ohne den Aufschwung viel schwieriger bis unmöglich gewesen wäre) und den ständigen Vergleich mit den krisenhaften 1990er Jahren zog Wladimir Putin einen großen Teil seiner Popularität und stützte somit die Legitimität seiner Herrschaft. Gleichzeitig begann er systematisch demokratische Beteiligungs- und Freiheitsrechte abzubauen. Die Bevölkerung akzeptierte diese

Konstellation weitestgehend, die von vielen Beobachter*innen als *ungeschriebener Gesellschaftsvertrag* bezeichnet wurde: Putin sorgte für Wohlstand und dass möglichst viele zumindest ein wenig davon abbekommen, während sich die Menschen im Gegenzug aus der Politik heraushielten. Dieser Kompromiss hatte ab 2008/2009 Risse bekommen. Das rasante, vor allem von steigenden Ölpreisen getriebene Wachstum stoppte abrupt in der großen Weltfinanzkrise. Die von Platzhalterpräsident Dmitrij Medwedew daraufhin initiierte Modernisierungsdebatte (Putin nahm das Wort nie in den Mund), die vielen Hoffnung auf Reformen und eine politische Öffnung gemacht hatte, verlief im Sand. Als dann Medwedew auf einem Einiges-Russland-Parteitag im September 2011 die Rückkehr von Putin ins Präsidentenamt ankündigte, verschwand bei einem großen Teil der wohlgebildeten, mobilen, (groß-)städtischen Bevölkerung die Hoffnung auf baldige Besserung. Unmittelbarer Auslöser der Proteste waren damals die massiv gefälschten Dumawahlen am 4. Dezember 2011.

Die Reaktionen des Kremls auf die Proteste waren anfangs recht hilflos. Sie kamen immer einen Schritt zu spät. Protestierende: »Wahlfälschung.« Kreml: »Nö!« Protestierende: »Neuauszählung.« Kreml: »Naja, kleinere Probleme gab es schon.« Protestierende: »Neuwahlen!« Kreml: »Vielleicht können wir ja nochmal neu auszählen.« Und so weiter. Fast jedes Wochenende steigerten sich so die Zahlen der Demonstrierenden. Doch dann besann sich der Kreml schnell. Vielleicht fünf oder sechs Wochen hofften die Protestierenden ebenso auf eine Revolution, wie sie im Kreml gefürchtet wurde. Mir scheint, das war auf beiden Seiten eine Übertreibung. Aber diese Übertreibung beeinflusste das Handeln.

Die Präsidentschaftswahl im März 2012, die vom Kreml im Gegensatz zu den Dumawahlen verhältnismäßig wenig grob gefälscht wurde, verschaffte Putin neue Legitimität. Eine anfänglich durchscheinende Kompromissbereitschaft verschwand schnell. Nachdem es Anfang Mai auf einer großen Demonstration gegen Putins Amtseinführung auf dem Bolotnaja-Platz direkt südlich des Kremls zu Auseinandersetzungen zwischen einem Teil der Demonstrant*innen und der Polizei gekommen war (von der Polizei provoziert), schlug der Staat zurück. Es gab zahlreiche Verhaftungen und im sogenannten *Bolotnaja-Strafprozess* hohe Haftstrafen für Demonstrant*innen. Die Duma begann, sich mit der Annahme einer Welle repressiver Gesetze redlich ihren Ruf als *verrückter Drucker* zu verdienen. Das bekannteste ist wohl bis heute das Gesetz über sogenannte »ausländische Agenten« unter den Nichtregierungsorganisationen, das inzwischen auf Medien, Journalist*innen und, seit Ende 2020, auf Privatpersonen und sogar in Russland lebende Ausländer*innen ausgeweitet wurde. Dazu kommen immer stärkere Einschränkungen der

Demonstrationsfreiheit, der Freiheit im Internet, der Mediengesetzgebung und vieles mehr.

Die repressiven Maßnahmen waren der wohl wichtigste Baustein der Kremlreaktion, aber neben den Peitschenhieben wurde auch ein klein wenig Zuckerbrot verteilt. Vor allem in Moskau, aber auch in anderen Großstädten wurden ab 2013 die Zentren modernisiert. Es gab Verschönerungen, der Nahverkehr und Fahrradspuren wurden ausgebaut, Kulturzentren und Erlebnisparks sorgten für Freizeitvergnügen. Damit sollte den zuvor noch Protestierenden, aber wohl mehr noch denjenigen, die möglicherweise mit ihnen sympathisierten und damit bald ebenfalls auf die Straße gehen könnten, signalisiert werden, dass sie das Lebensgefühl einer europäischen Stadt auch ohne Demokratie und riskante Proteste erfahren können. Auch das hat fraglos zur Beruhigung beigetragen.

Die endgültige Neuerfindung Putins fand aber erst 2014 mit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine statt. Putin war nun nicht mehr derjenige, unter dem es allen Menschen in Russland immer bessergeht, sondern derjenige, der Russland *von den Knien gehoben* und seinen Status als Großmacht wiederhergestellt hat. Dieser sogenannte *Krimkonsens*, mit Zustimmungsraten zu Putin in Umfragen von zwischenzeitlich bis zu 86 Prozent, ersetzte den *ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag* der 2010er Jahre. Er hatte aber eine weit kürzere Lebensdauer und hielt bis etwa 2018.

Seither nimmt die Zustimmung zu Wladimir Putin wieder ab und hat inzwischen wieder Vor-Krim-Niveau erreicht. Immer weniger Russ*innen glauben daran, dass Präsident und Staat es in absehbarer Zukunft wieder besser machen könnten. Einer der Hauptgründe dafür dürfte die seit nun schon gut zehn Jahren andauernde Wirtschaftskrise sein. Allein seit 2013 sind die Realeinkommen um mehr als zehn Prozent gesunken. Zwei massive Rubelabwertungen (einmal Ende 2014 und dann wieder vor einem Jahr) haben die Durchschnittseinkommen (in Euro gerechnet) von rund 800 Euro auf etwas mehr als 500 Euro fallen lassen. Das bekommen, wegen des Imports vieler Konsumgüter, alle über Preissteigerungen zu spüren. Besonders trifft es aber erneut die mobile, eher junge und städtische Mittelschicht, die sich zudem an regelmäßige Auslandsurlaube gewöhnt hat. Die überbordende Korruption und die Unfähigkeit, Unwilligkeit oder Gleichgültigkeit – je nach Blickwinkel der Betrachter*in – des Staates bei der Daseinsvorsorge (vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich, also Bereichen, die alle betreffen) hat auch zu diesem Zustimmungs- und Vertrauensverlust beigetragen. Das war die Lage, als vor einem Jahr die Pandemie ausbrach.

Der russische Staat hat sich in der Pandemie, soweit ich das beurteilen kann, nicht schlechter geschlagen als

viele andere Staaten auch, darunter viele EU-Mitgliedsstaaten. Allerdings kann er offenbar von einer schlechten Angewohnheit nicht lassen: selbst da zu lügen, wo es nicht nötig wäre. Die geschönten Infektionszahlen, vor allem aber die um ein Vier- bis Fünffaches zu niedrigeren offiziellen Sterbefälle (gemessen an der sogenannten Übersterblichkeit), sollen Russland wohl vor allem im internationalen Vergleich gut aussehen lassen. Kaum jemand glaubt der Regierung diese Zahlen. Sie stimmen nicht mit dem überein, was die Menschen selbst erleben und von anderen (von Verwandten, Freunden, Kollegen, aber auch im Internet und dort besonders in den sozialen Netzwerken) erzählt bekommen. Jeder kennt zahlreiche Geschichten von Erkrankungen ohne Tests und von Totenscheinen, in denen Corona trotz Infektion mit typischen Symptomen nicht als Todesursache angegeben ist. Ich kenne niemanden, der oder die nicht ein oder mehrere Corona-Tote persönlich gekannt hat. Ähnliches gilt für den Umgang mit dem Impfstoff. Soweit bisher zu sehen ist, scheint *Sputnik V* ein guter Impfstoff zu sein, nicht wesentlich schlechter jedenfalls als viele andere, im Westen entwickelte und zugelassene Impfstoffe auch. Bei allen gibt es angesichts der kurzen Zeit viele offene Fragen. Die triumphale Zulassung von *Sputnik V* schon im August vorigen Jahres (als angeblich weltweit ersten) und noch vor Beginn der (entscheidenden) dritten Testphase hat nicht nur international, sondern auch national viel Vertrauen verspielt. Die Zahl der Impfwilligen in Russland bleibt im internationalen Vergleich ausgesprochen gering.

Keine dieser großen und zahlreichen kleinen Krisen wäre dazu in der Lage, viele Menschen dauerhaft auf die Straße zu bringen. Zusammen aber bilden sie den Nährboden, der jetzt mit der Vergiftung und der Inhaftierung von Nawalnyj gedüngt wurde. Allerdings wären die neuen Proteste in dieser geographischen Ausdehnung und Größenordnung ohne die jahrelange Aufbauarbeit von Nawalnyj und seinem Team kaum denkbar. Sie haben es geschafft, ein, wie es scheint, stabiles landesweites Netzwerk aufzubauen, das gegenwärtig das einzige vom Kreml unabhängige politische Netzwerk ist, das, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das ganze Land abdeckt. Genauer gesagt ist es sogar das erste, das entstand, seit Wladimir Putin 2000 Präsident wurde. Seine Mobilisierungsfähigkeit wurde erstmals im Frühjahr 2017 nach dem bis vor kurzem meistgesehenen Nawalnyj-Video über den Reichtum des damaligen Ministerpräsidenten Medwedew in Ansätzen sichtbar. Damals, und ein Jahr später noch einmal, zeichnete sich ab, dass Nawalnyj inzwischen auch eine neue Generation anspricht, junge Menschen, die 2011/2012 noch Kinder waren.

Eine andere Änderung in der Zusammensetzung der Proteste könnte sich in Zukunft als ähnlich wichtig

erweisen. Gegen Nawalnyjs Verhaftung gingen, so legen Umfragen während der Demonstrationen nah, viele Leute zum ersten Mal auf die Straße. Nicht unbedingt, um Nawalnyj persönlich oder seine Politik zu unterstützen, sondern vielmehr, um gegen Wladimir Putin zu protestieren. Zu ihrer Motivation gefragt, gaben diese Menschen immer wieder an, dass es *nun reiche* und dass die Vergiftung und Inhaftierung Nawalnyjs *zu viel* gewesen seien. Eine Rolle scheint auch sein Verhalten nach der Vergiftung zu spielen. Seine nüchterne, aber entschlossene Reaktion hat ihm viel Respekt auch bei Leuten verschafft, die ihn oder seine Politik ansonsten nicht unterstützen. Dieser Respekt wurde durch die Rückkehr nach Russland noch einmal gesteigert. Wer an die Vergiftung glaubt, ist auch überzeugt, dass in Zukunft wieder Oppositionelle vergiftet werden könnten. Und dass in Russland nicht nur Nawalnyjs Freiheit, sondern sein Leben in akuter Gefahr ist. Damit ist Nawalnyj auf dem besten Weg zum ersten Oppositionspolitiker in Putins Russland werden, der es schafft, von Menschen aus unterschiedlichen politischen Lagern unterstützt zu werden.

Die staatlichen Reaktionen auf die neuen Proteste unterscheiden sich, soweit darüber ein Urteil schon möglich ist, erheblich von denen 2011/2012. Smart ist von gestern. Von Beginn an ging der Staat maximal hart gegen die Protestierenden vor. Ich sehe vor allem zwei mögliche Gründe für die Wahl dieser Strategie. Zum einen hat das Regime in den vergangenen Jahren viel an politischer Beweglichkeit eingebüßt. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass es die eigene Legitimität nicht mehr sehr hoch einschätzt. Es ist zudem zur Geisel der (selbsterzeugten, vordergründigen) Popularität der zunehmenden Konfrontation mit dem Westen geworden. Die verschiedenen Sicherheitsdienste wurden massiv ausgebaut und haben wohl auch bei der internen Politikformulierung immer mehr Einfluss gewonnen. Die 2016 gegründete und inzwischen 350.000 Mann starke Nationalgarde ist eine klassische Aufstandsbekämpfungstruppe und praktisch eine persönliche Prätorianergarde von Wladimir Putin. Ressourcen, die in ihren Aufbau und den Ausbau der anderen Sicherheitsdienste gesteckt wurden (genaue Zahlen sind schwer zu bekommen), fehlen in finanziell eher klammen Zeiten naturgemäß für andere, zivilere, ich würde sagen politischere Herangehensweisen. Einfacher gesagt: Wer lauter Hammer und Nägel kauft, hält es für wahrscheinlich, dass er irgendwann zu nageln beginnen muss. Der zweite Grund ist die Vergiftung. Mit ihr wurde die Entscheidung, wie mit künftigen Protesten umgegangen werden soll, vorentschieden. Dies mag keine bewusste Entscheidung gewesen sein, denn der Plan war ja wohl, diese zu vertuschen. *De facto* war es aber so, nachdem die Vergiftung bekannt wurde.

Wie könnte es weitergehen? Über zehn Jahre lang hat der Kreml alles dafür getan, um aus Nawalnyj keinen Helden zu machen. Er machte sich sogar lächerlich dabei. So wurde 2014 binnen einen Tages nach überraschend großen Protesten in Moskau gegen eine über fünfjährige Haftstrafe für Nawalnyj das Urteil im Fall »Yves Rocher« erst kassiert und dann in die dreieinhalbjährige Bewährungsstrafe umgewandelt, die jetzt zur Inhaftierung geführt hat. Das war ein sehr peinlicher Schritt, auf den sich der Kreml aber offenbar einließ, um Nawalnyj nicht zum Helden werden zu lassen. Nun, nachdem Nawalnyj durch die Vergiftung für viele auch in Russland einen Opferstatus erlangt und sich durch seine Rückkehr enormen zusätzlichen Respekt verschafft hat, tut der Staat (fast) alles, um sein Heldentum zu unterstützen. Die Wahrscheinlichkeit weiterer, auch hoher Haftstrafen für Aleksej Nawalnyj ist hoch. Doch die Haft bringt dem Kreml maximal einen Zeitgewinn ein, löst aber nicht das Problem. Dennoch ist festzuhalten, dass ein Zeitgewinn in derartigen Situationen einiges wert ist.

Nun zu den direkten Vergleichen.

2011/2012 waren die Proteste spontan, unerwartet und entsprechend unorganisiert, zumindest am Anfang. Aber auch der recht schnell gebildete Koordinationsrat (mit Nawalnyj als Mitglied) war, vor allem aufgrund großer innerer politischer Konkurrenz nur bedingt handlungsfähig. Heute gibt es das Netzwerk von Nawalnyj. Er selbst ist eine unbestrittene Führungs- oder, weil im Gefängnis, sogar eine Symbolfigur. Das macht es wahrscheinlicher, dass der Protest auch Durststrecken überstehen kann. Nawalnyjs Stabschef Leonid Wolkow, ins Ausland geflüchtet, hat schon angekündigt, vorerst auf weitere Proteste zu verzichten, um das Protestpotenzial nicht zu verheizen.

2011/2012 gab es kein politisches Ziel des Protests, das über Neuwahlen hinausging. Nawalnyj spielt heute ein langfristigeres Spiel. Zum einen setzt er auf den Generationsunterscheid, er ist ganze 22 Jahre jünger als Putin. Gerade die ungeklärte Nachfolgefrage ist eine der Achillesfersen des Regimes. Dies erklärt zumindest teilweise die harte Reaktion auf die Proteste und die Wahrnehmung im Kreml von Nawalnyj als Bedro-

hung. Neben dieser langfristigen Perspektive gibt es mittelfristige, mobilisierungsfähige Ziele. Das nächste ist die Dumawahl im September: Nawalnyj ruft dazu auf, *klug abzustimmen*, also für den oder die jeweils aussichtsreichste Kandidat*in zu stimmen, der oder die nicht von der Kremlpartei Einiges Russland kommt. Im Gegensatz zu vor zehn Jahren gibt es also nicht nur eine Dagegen-Agenda, sondern, wenn auch nicht unumstritten, konkrete politische Handlungsoptionen.

2011/2012 wurden die Proteste wesentlich von den *Kindern der Perestroika* getragen, also Leuten zwischen 40 und 50, die noch in der Sowjetunion (politisch) sozialisiert worden waren. Ihnen schlossen sich damals ihre Kinder an, die einen Politisierungsschub erfuhren, nachdem Politik in der 2000er Jahren bei den meisten jungen Menschen als nicht sonderlich attraktiv, ja als uncool galt. Kultur, Selbstverwirklichung, Ausbildung und Beruf waren wichtiger. Seit einiger Zeit beginnen die *Kinder Putins* sich zu engagieren. Das sind Menschen, in deren bewussten Leben es keinen anderen Präsidenten als Putin und keine andere Lebensweise als eine europäisch-städtische gegeben hat. Eine aktuelle Lewada-Umfrage zeigt, dass von allen Befragten 19 Prozent Nawalnyj unterstützen, während 56 Prozent ihn ablehnen. Unter den 18- bis 24-Jährigen hingegen liegt die Unterstützung bei 36 Prozent, die Ablehnung bei 43.

2011/2012 war Putins Image als *echter Mann* und Macher (freier Oberkörper, mit Kalaschnikow posieren, nach Amphoren tauchen und mit Kranichen fliegen) für kurze Zeit ins Wanken geraten. Er war, vor allem jüngeren Menschen, schlicht peinlich geworden. Er hatte sich damals, mit Härte und Krim, als Vater der Nation, als derjenige, der alles zusammenhält und ohne den alles auseinanderfliegt, wiedererfunden. Für die jungen Menschen von heute ist er nun aber der *Opa im Bunker*. Nawalnyj wiederholt das mit sicherem Instinkt immer wieder. Es wird schwer werden, dieses Image wieder loszuwerden oder zumindest durch ein anderes, positiveres in den Hintergrund zu schieben. Sollte das nicht gelingen, bleiben nur immer mehr Repressionen. Alles kann also noch viel ekeliger werden. Eine langfristige Strategie, vor allem aber eine Strategie über Putin hinaus, ist das jedoch nicht.

Über den Autor

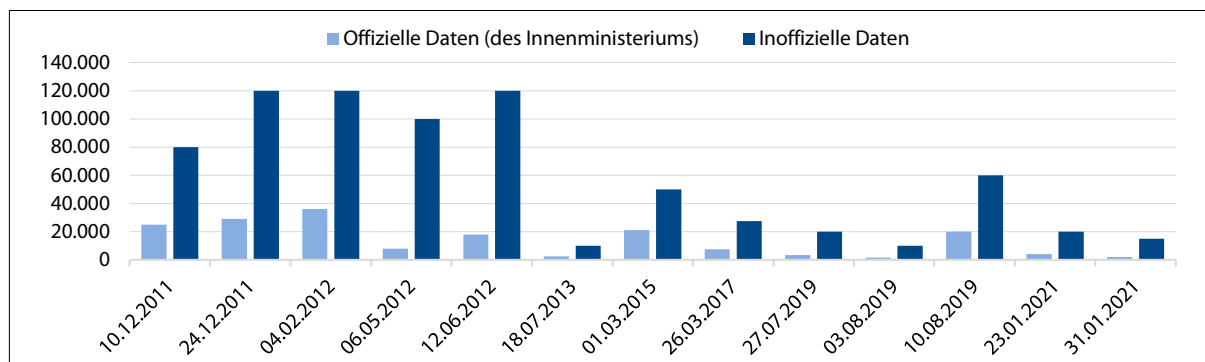
Jens Siegert lebt seit 1993 in Moskau. Er war Korrespondent, hat mehr als 15 Jahre das Moskauer Büro der Heinrich-Böll-Stiftung geleitet und hat sich in den vergangenen vier Jahren im Auftrag der EU bemüht, *Public Diplomacy* in und mit Russland zu fördern.

Dieser Beitrag von Jens Siegert erschien in seinem Blog (russland.boellblog.org/) am 6.2.2021.

UMFRAGEN

Nur die Jugend? Teilnehmende an Moskauer Protestaktionen. Die Jahre 2019 und 2021 im Vergleich.

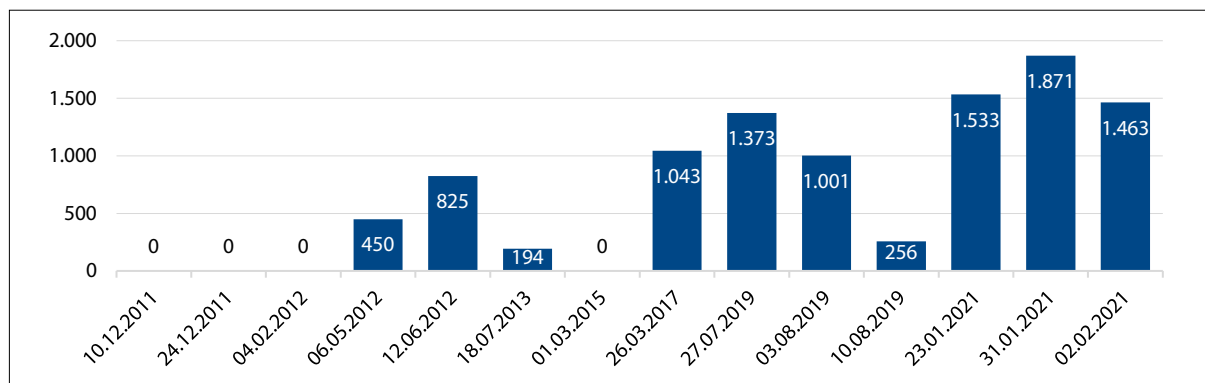
Grafik 1: Anzahl der Protestierenden bei Protestaktionen in Moskau in den Jahren 2011–2021



	Offizielle Daten (des Innenministeriums)	Inoffizielle Daten
10.12.2011	25.000	80.000
24.12.2011	29.000	120.000
04.02.2012	36.000	120.000
06.05.2012	8.000	100.000
12.06.2012	18.000	120.000
18.07.2013	2.500	10.000
01.03.2015	21.000	50.000
26.03.2017	7.500	27.500
27.07.2019	3.500	20.000
03.08.2019	1.500	10.000
10.08.2019	20.000	60.000
23.01.2021	4.000	20.000
31.01.2021	2.000	15.000

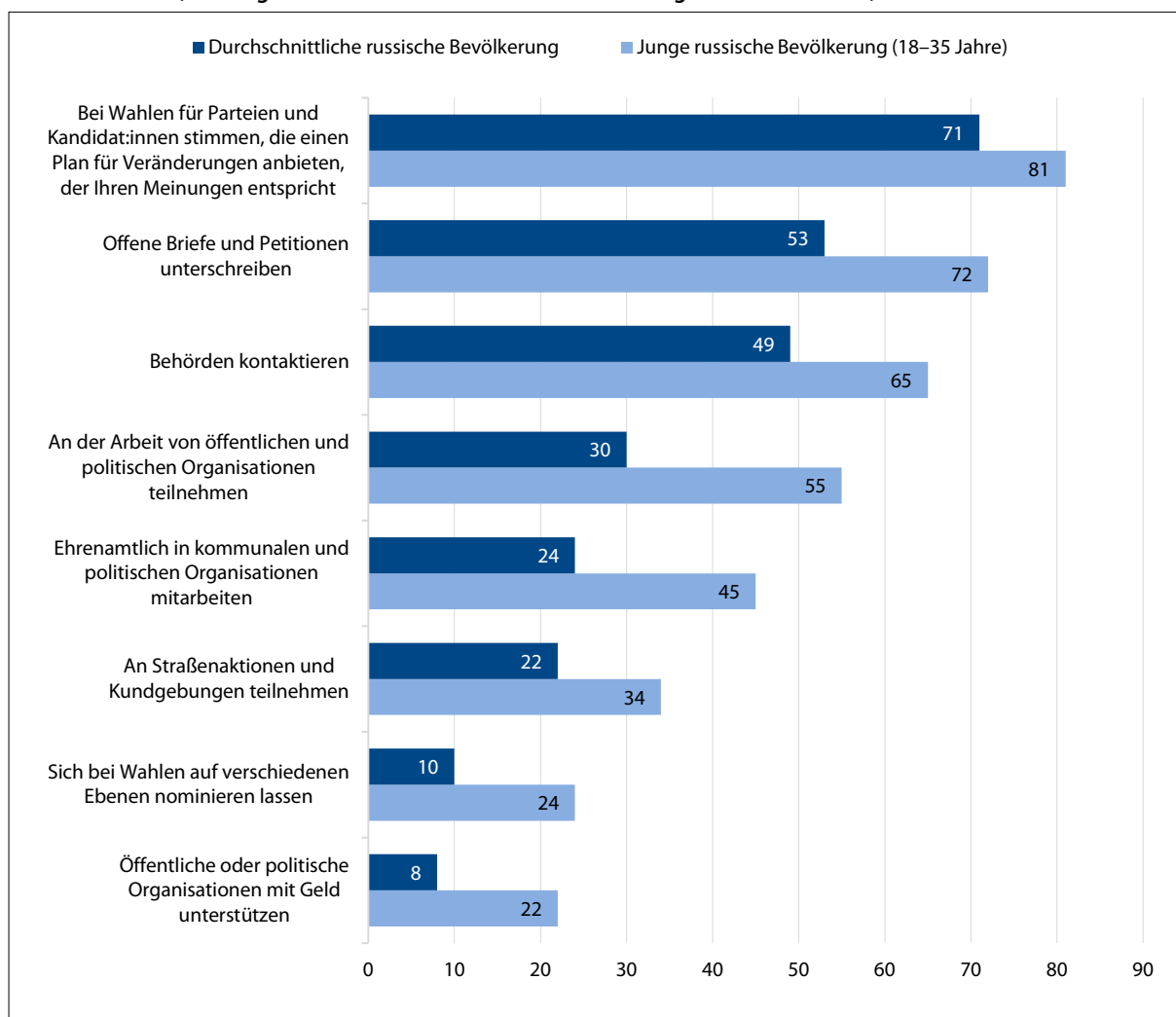
Quelle: Denis Wolkow, *Obnovlenie protesta: potschemu ljudi snova wyschli na ulitsy*, Forbes, 25.01.2021; <https://www.forbes.ru/obshchestvo/419351-obnovlenie-protesta-pochemu-lyudi-snova-vyshli-na-ulicy>. Zusammengestellt nach OVD-Info (<https://ovdinfo.org/>), dem russischen Innenministerium, Reuters, Kommersant.

Grafik 2: Anzahl der Festnahmen bei Protestaktionen in Moskau der Jahre 2011–2021



Quelle: Denis Wolkow, *Obnovlenie protesta: potschemu ljudi snova wyschli na ulitsy*, Forbes, 25.01.2021; <https://www.forbes.ru/obshchestvo/419351-obnovlenie-protesta-pochemu-lyudi-snova-vyshli-na-ulicy>. Zusammengestellt nach OVD-Info (<https://ovdinfo.org/>), dem russischen Innenministerium, Reuters, Kommersant.

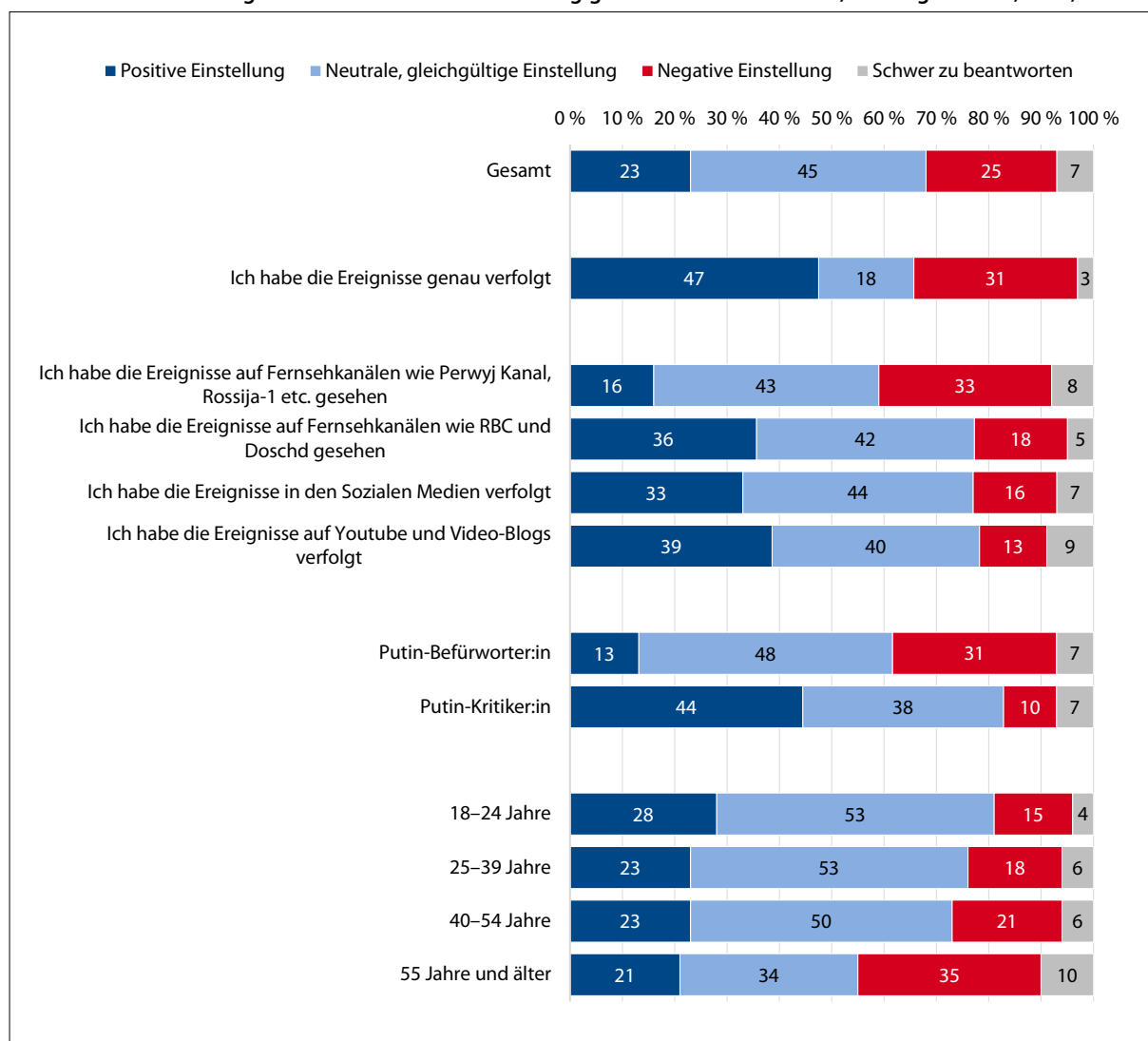
Grafik 3: Bereitschaft junger Russ:innen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, im Vergleich zur durchschnittlichen Bevölkerung in Russland 2018*, %



*Russlandweite repräsentative Umfrage vom Dezember 2018, die mit einer Umfrage vom September 2018 unter Russ:innen im Alter von 18 bis 35 Jahren in großen Städten verglichen wird

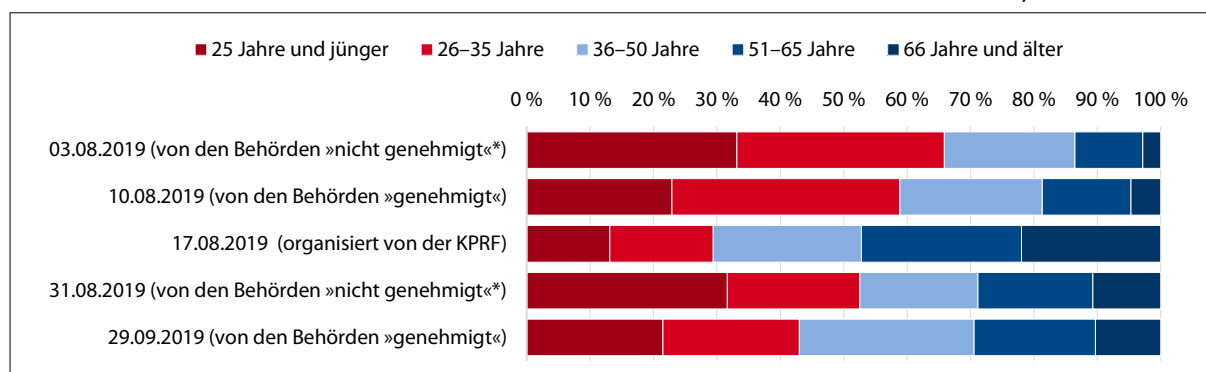
Quelle: Denis Volkov, Stepan Goncharov, Maria Snegovaya. *Russian Youth and Civic Engagement*. 29. September 2020, Center for European Policy Analysis. Abrufbar unter: <https://cepa.org/russian-youth-and-civic-engagement/>

Grafik 4: Einstellung zu den Protesten 2019 in Abhängigkeit von Medienkonsum, Haltung zu Putin, Alter, %



Quelle: Denis Wolkow. *Soziologija Protesta: Kontekst, faktory, posledstwija* in: Kirill Rogow (Hg.): *Wstretschnaja Mobilisazija. Moskovskie Protesty i regional'nye wybory - 2019. Fond Liberal'naja Missija, Moskau 2019, S. 72.* Abrufbar unter: <https://liberal.ru/announcements/vstrechnaya-mobilizaciya-noskovskie-protesty-i-regionalnye-vybory-2019>

Grafik 5: Alterskohorten der Protestierenden bei fünf Moskauer Protestaktionen im Jahr 2019, %

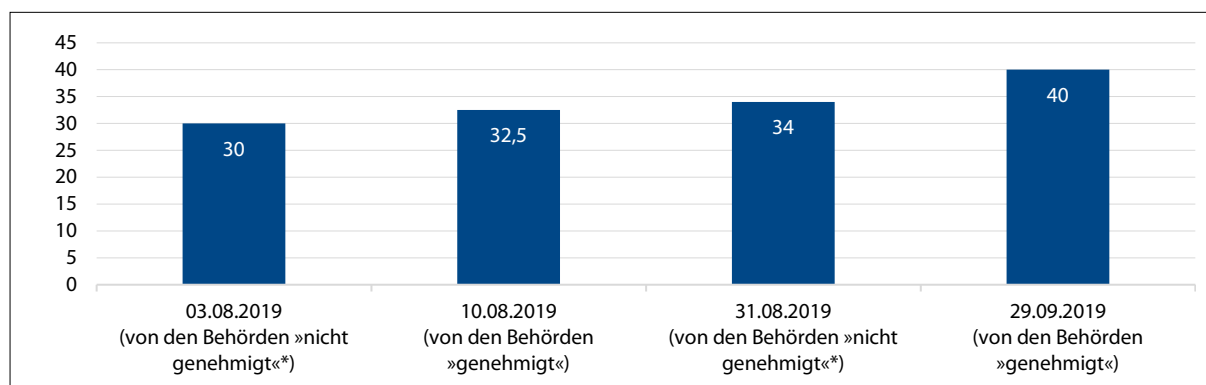


* Artikel 31 der russischen Verfassung garantiert Versammlungsfreiheit. In den letzten Jahren wird diese vom russischen Staat in Gesetzgebung und Anwendung immer weiter eingeschränkt. Die Pflicht zur Mitteilung wurde durch die Politisierung des Versammlungsrechts zu einer Pflicht, die Behörden um Erlaubnis zu bitten. S. hierzu das Memorandum des Menschenrechtskommissars des Europarates: <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/the-law-on-freedom-of-assembly-in-the-russian-federation-needs-thorough-revision>

** Die Daten wurden vom Weißen Zähler (Belyj Stschetschik) und der Forschungsgruppe für zeitgenössische Folklore erhoben. Anzahl der Befragten: 03.08.2019: 287; 10.08.2019: 306; 17.08.2019: 184; 31.08.2019: 257; 29.09.2019: 905.

Quelle: Aleksandra Archipowa, Aleksej Sacharow, Irina Koslowa und Marija Gawrilowa. Demografija Protesta: Sostaw i Dinamika Utschastija in: Kirill Rogow (Hg.): Wstretschnaja Mobilisazija. Moskovskie Protesty i regional'nye wybory - 2019. Fond Liberal'naja Missija, Moskau 2019, S. 62. Abrufbar unter: <https://liberal.ru/announcements/vstrechnaya-mobilizaciya-noskovskie-protesty-i-regionalnye-vybory-2019>

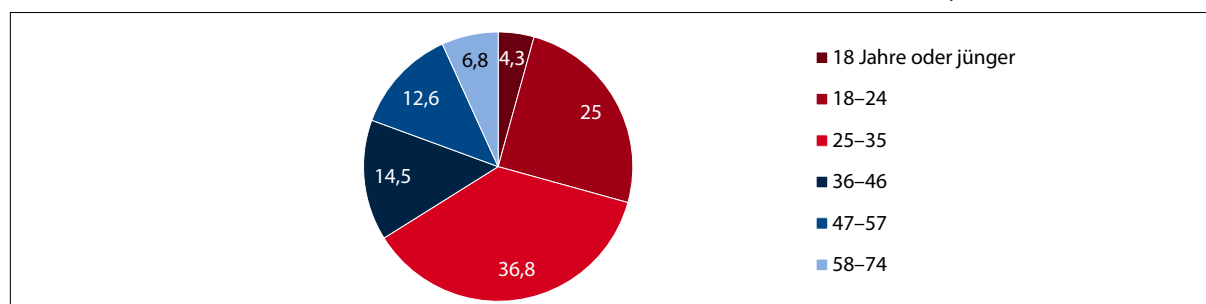
Grafik 6: Medianalter der Protestierenden bei vier Moskauer Protestaktionen im Jahr 2019



* Artikel 31 der russischen Verfassung garantiert Versammlungsfreiheit. In den letzten Jahren wird diese vom russischen Staat in Gesetzgebung und Anwendung immer weiter eingeschränkt. Die Pflicht zur Mitteilung wurde durch die Politisierung des Versammlungsrechts zu einer Pflicht, die Behörden um Erlaubnis zu bitten. S. hierzu das Memorandum des Menschenrechtskommissars des Europarates: <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/the-law-on-freedom-of-assembly-in-the-russian-federation-needs-thorough-revision>

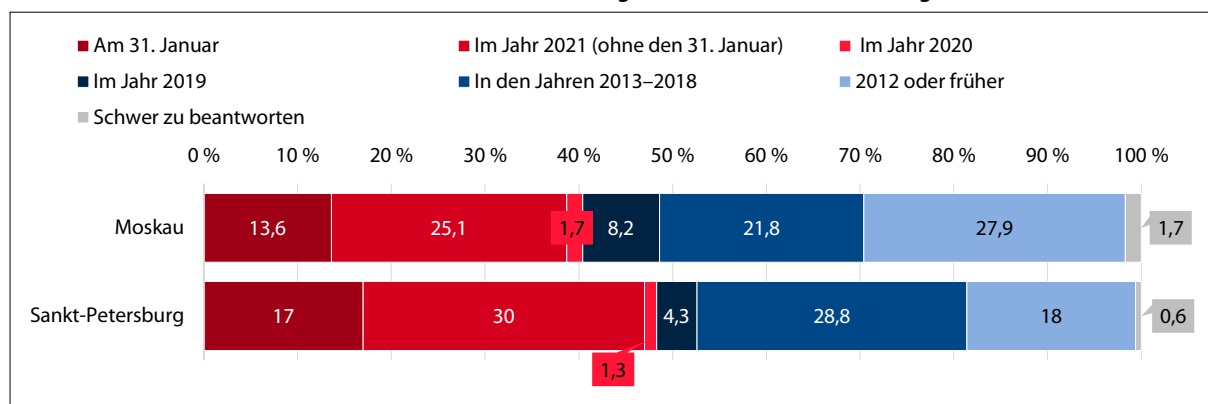
Quelle: Aleksandra Archipowa, Aleksej Sacharow, Irina Koslowa und Marija Gawrilowa. Demografija Protesta: Sostaw i Dinamika Utschastija in: Kirill Rogow (Hg.): Wstretschnaja Mobilisazija. Moskovskie Protesty i regional'nye wybory - 2019. Fond Liberal'naja Missija, Moskau 2019, S. 61. Abrufbar unter: <https://liberal.ru/announcements/vstrechnaya-mobilizaciya-noskovskie-protesty-i-regionalnye-vybory-2019>

Grafik 7: Alter der Protestierenden bei der Protestaktion in Moskau am 23. Januar 2021, %



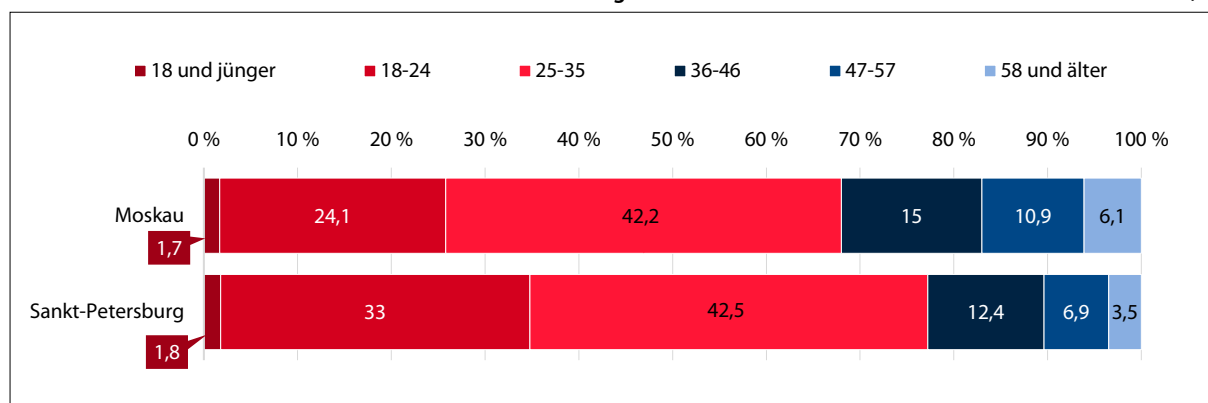
Umfrage von Belyj Stschetschik. Anzahl der Befragten: 365. Quelle: Aleksandra Archipowa, Telegram, 23. Januar 2021, https://t.me/anthro_fun/377

Grafik 8: Protestaktion in Moskau und Sankt-Petersburg am 31. Januar 2021: erstmalige Teilnahme an Protesten, %



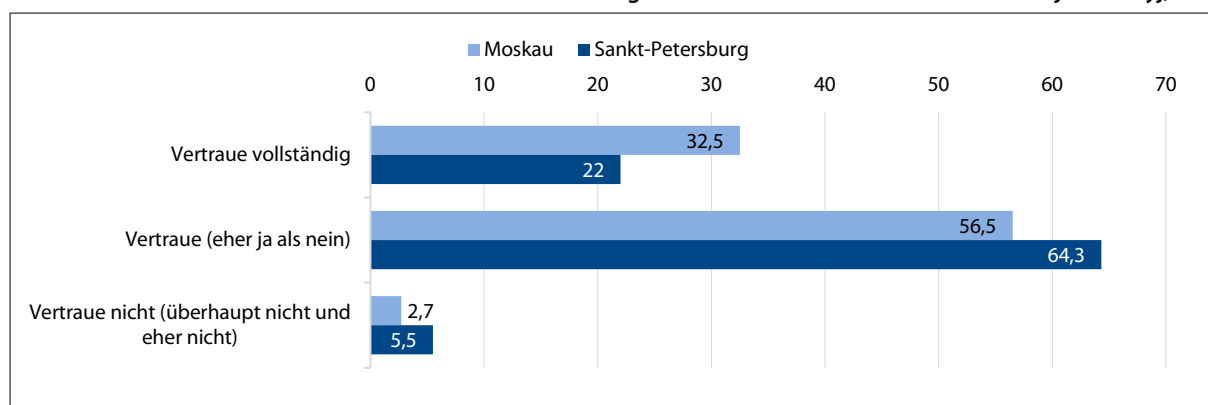
Umfrage von Belyj Stschetschik. Anzahl der Befragten in Moskau: 294, in Sankt-Petersburg: 452. Protest-Neulinge im Jahr 2021 insgesamt: in Moskau 38,7 Prozent, in Sankt-Petersburg 47 Prozent. Quelle: Aleksandra Archipowa, Telegram, 02. Februar 2021. Abrufbar unter: https://t.me/anthro_fun/405.

Grafik 9: Protestaktion in Moskau und Sankt-Petersburg am 31. Januar 2021: Alterskohorten der Protestierenden, %



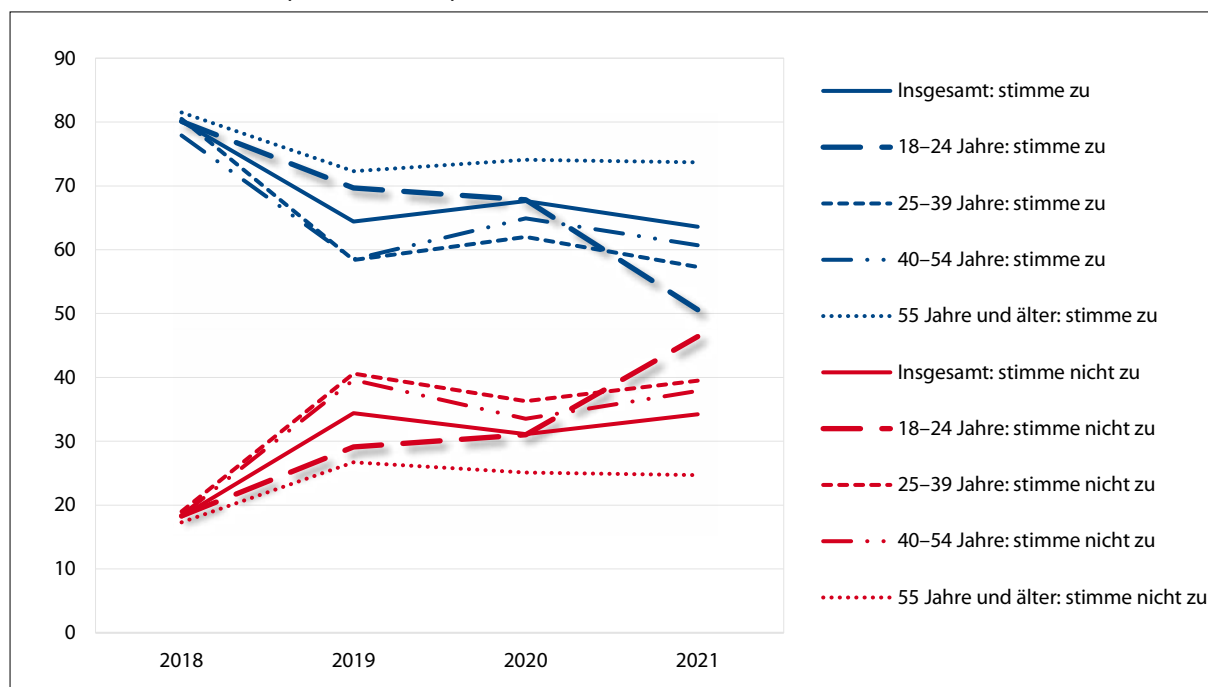
Umfrage von Belyj Stschetschik. Anzahl der Befragten: in Moskau: 294, in Sankt-Petersburg: 452. Quelle: Aleksandra Archipowa, Telegram, 02. Februar 2021. Abrufbar unter: https://t.me/anthro_fun/405.

Grafik 10: Protestaktion in Moskau und Sankt-Petersburg am 31. Januar 2021: Vertrauen in Aleksej Nawalnyj, %



Umfrage von Belyj Stschetschik. Anzahl der Befragten: in Moskau: 294, in Sankt-Petersburg: 452. Quelle: Aleksandra Archipowa, Telegram, 02. Februar 2021. Abrufbar unter: https://t.me/anthro_fun/405.

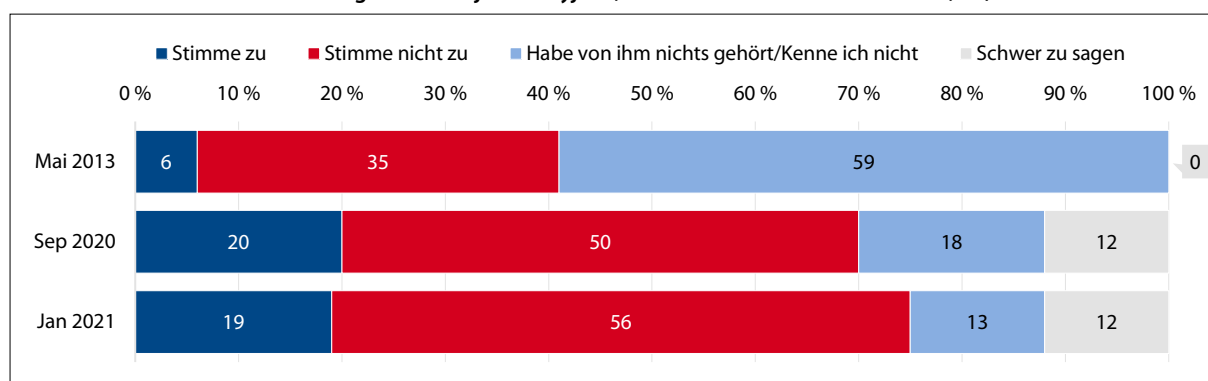
Grafik 11: Stimmen Sie insgesamt der Tätigkeit Wladimir Putins als Präsident Russlands zu, oder stimmen Sie dieser nicht zu? (Alterskohorten)



		Insgesamt	18-24 Jahre	25-39 Jahre	40-54 Jahre	55 Jahre und älter
2018	stimme zu	80	80	81	78	82
	stimme nicht zu	18	18	19	18	17
2019	stimme zu	64	70	58	59	72
	stimme nicht zu	34	29	41	40	27
2020	stimme zu	68	68	62	65	74
	stimme nicht zu	31	31	36	34	25
2021	stimme zu	64	51	57	61	74
	stimme nicht zu	34	46	40	38	25

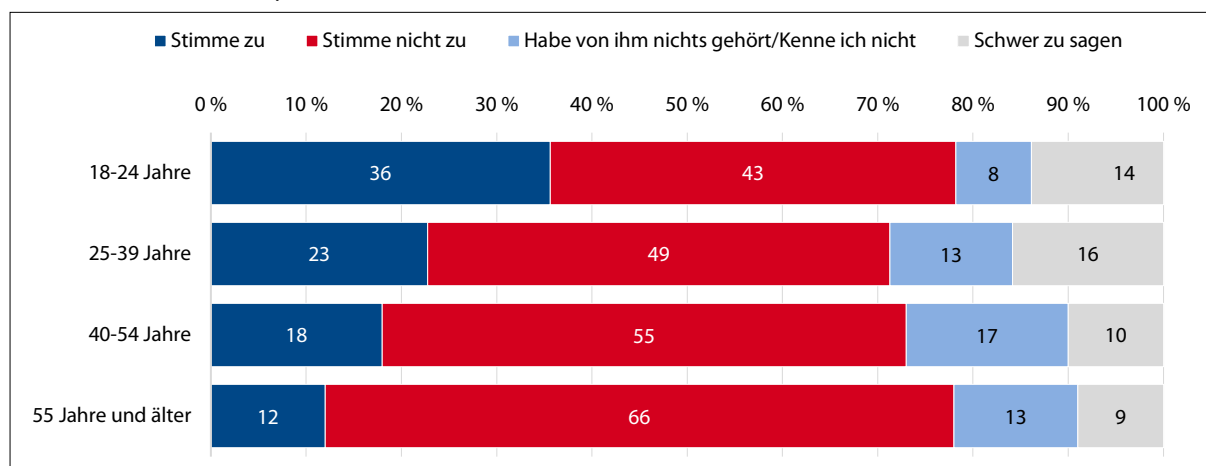
Quelle: Repräsentative Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums »Prezidentskie rejtingi i polozhenie del w strane« (»Präsidenten-Ratings und die Lage im Land«). Die Umfrage wurde vom 29. Januar bis 02. Februar 2021 durchgeführt (Face-to-Face Interview) und am 04. Februar 2021 von Lewada veröffentlicht. Abrufbar unter <https://www.levada.ru/2021/02/04/prezidentskie-rejtingi-i-polozhenie-del-v-strane/>.

Grafik 12: Stimmen Sie der Tätigkeit Aleksej Nawalnyjs zu, oder stimmen sie dieser nicht zu?, % (Mai 2013 – Januar 2021)



Quelle: Repräsentative Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums »Woswraschtschenie Alekseja Nawalnogo« (»Die Rückkehr Aleksej Nawalnyjs«). Die Umfrage wurde vom 29. Januar bis 02. Februar 2021 durchgeführt (Face-to-Face Interview) und am 05. Februar 2021 von Lewada veröffentlicht. Abrufbar unter <https://www.levada.ru/2021/02/05/vozwraschhenie-alekseja-navalnogo/>.

Grafik 13: Stimmen Sie der Tätigkeit Aleksej Nawalnyjs zu, oder stimmen sie dieser nicht zu?, % (Alterskohorten, Januar 2021)



Quelle: Repräsentative Umfrage des unabhängigen Lewada-Zentrums »Woswraschtschenie Alekseja Nawalnogo« (»Die Rückkehr Aleksej Nawalnyjs«). Die Umfrage wurde vom 29. Januar bis 02. Februar 2021 durchgeführt (Face-to-Face Interview) und am 05. Februar 2021 von Lewada veröffentlicht. Abrufbar unter <https://www.levada.ru/2021/02/05/vozvrashhenie-alekseya-navalnogo/>.

STATISTIK

Covid-19 in Russland (Stand 08. Februar 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 08. Februar 2021)

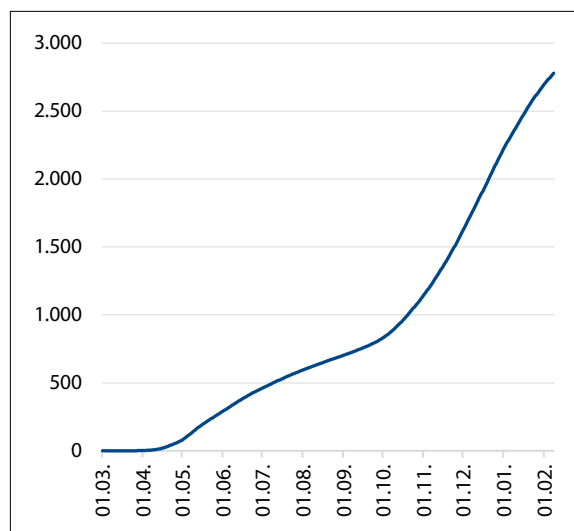


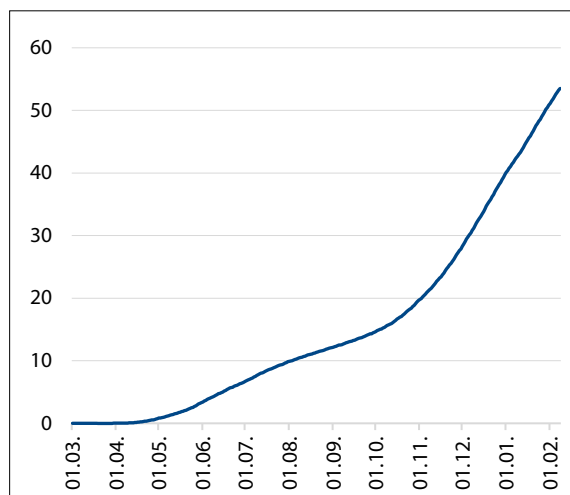
Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 22. Januar – 08. Februar 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
22.01.	3.637.862	21.182
23.01.	3.658.447	20.585
24.01.	3.679.247	20.800
25.01.	3.698.246	18.999
26.01.	3.716.228	17.982
27.01.	3.733.692	17.464
28.01.	3.752.548	18.856
29.01.	3.771.514	18.966
30.01.	3.790.265	18.751
31.01.	3.808.348	18.083
01.02.	3.825.739	17.391
02.02.	3.842.145	16.406
03.02.	3.858.367	16.222
04.02.	3.874.830	16.463
05.02.	3.891.274	16.444
06.02.	3.907.653	16.379
07.02.	3.923.461	15.808
08.02.	3.939.162	15.701

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–21.01.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–396 eingesehen werden. Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 08.02.2021, 15:23 Uhr MESZ <https://oronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März 2020 – 08. Februar 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–21.01.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393-396 eingesehen werden.

Experten gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 08.02.2021, 15:23 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (22. Januar – 08. Februar 2021)

Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
22.01.	67.376	566
23.01.	67.919	543
24.01.	68.397	478
25.01.	68.841	444
26.01.	69.391	550
27.01.	69.971	580
28.01.	70.533	562
29.01.	71.054	521
30.01.	71.556	502
31.01.	72.029	473
01.02.	72.456	427
02.02.	72.982	526
03.02.	73.497	515
04.02.	74.005	508
05.02.	74.520	515
06.02.	75.010	490
07.02.	75.430	420
08.02.	75.828	398

CHRONIK

Covid-19-Chronik, 11. – 31. Januar 2021

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
11.01.2021	3.389733	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.315 Fälle auf insgesamt 3.425.269 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 62.273 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.646 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.004 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
11.01.2021	3.389733	Das »Gamaleja-Institut« beginnt mit Tests des im Dezember vorgestellten Sars-CoV-2-Impfstoffs »Sputnik Light« an 150 Freiwilligen. Geplant ist ein Abschluss der klinischen Tests bis Ende 2021. »Sputnik Light« muss bis zur Wirksamkeit nur einmal verabreicht werden, die Immunität ist jedoch nur einige Monate gegeben. Geplant ist, diese Version in Corona-Hotspots außerhalb Russlands zu liefern, um eine schnelle Immunität der Bevölkerung herzustellen.
11.01.2021	3.389733	Palästina lässt den russischen Impfstoff »Sputnik V« in einem Schnellverfahren ohne die Durchführung eigener klinischer Tests zu. Die ersten Lieferungen des Impfstoffes sind für das erste Quartal 2021 geplant.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
12.01.2021	3.412.390	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 22.934 Fälle auf insgesamt 3.448.203 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 62.804 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.001 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.731 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
12.01.2021	3.412.390	Russland verlängert die seit dem 22. Dezember 2020 bestehende Aussetzung des Flugverkehrs mit Großbritannien aufgrund einer zunächst in Großbritannien aufgetretenen Mutation von Sars-Cov-2 bis zum 01. Februar 2021.
13.01.2021	3.434.934	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 22.850 Fälle auf insgesamt 3.471.053 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 63.370 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.320 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.003 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
13.01.2021	3.434.934	Maksut Schadajew, russischer Minister für digitale Entwicklung, Kommunikation und Massenmedien, ist an Covid-19 erkrankt. Er sei bereits auf dem Weg der Besserung, gab der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Tschernyschenko bekannt.
14.01.2021	3.459.237	Der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin kündigt an, dass die Schulen in der Hauptstadt ab dem 18. Januar 2021 wieder auf Präsenzunterricht umstellen werden. Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen werden weiterhin im Fernunterricht bleiben. Die Kontaktbeschränkungen sowie die Schließung der Kultur- und Freizeiteinrichtungen bleibt vorerst bis zum 21. Januar 2021 bestehen. Diese Regelungen sind Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus.
14.01.2021	3.459.237	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.763 Fälle auf insgesamt 3.495.816 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 63.940 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.893 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.041 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
15.01.2021	3.483.531	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.715 Fälle auf insgesamt 3.520.531 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 64.495 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 5.534 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.094 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
15.01.2021	3.483.531	Laut eines Berichts des Petersburger Thinktanks »Peterburgskaja Politika« gibt es in 42 russischen Regionen Lieferschwierigkeiten für die Covid-19-Impfstoffe »Sputnik V« und »EpiVakKorona«. Dies behindere den Start der geplanten Massensimpfungen.
15.01.2021	3.483.531	Der russische Bildungsminister Sergej Krawzow kündigt an, dass ab dem 18. Januar 2021 alle Schulen in Russland wieder zum Präsenzunterricht zurückkehren werden. Ausnahmen gibt es nur für zehn Schulen in sieben Regionen, die weiterhin im Fernunterricht bleiben werden. Seit dem Herbst ist aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus der Präsenzunterricht an Schulen in Russland weitgehend eingestellt.
15.01.2021	3.483.531	Die Regionen des Föderationskreises Sibirien heben die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Einschränkungen weitgehend auf. Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Gastronomiebetriebe dürfen unter Auflagen wieder öffnen. Sportveranstaltungen dürfen unter Auflagen wieder stattfinden. Gleichzeitig bleibt die Empfehlung zum Tragen von Masken und Einhalten eines Mindestabstands bestehen.
16.01.2021	3.507.201	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 24.092 Fälle auf insgesamt 3.544.623 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 65.085 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.674 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.253 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
17.01.2021	3.530.379	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 23.586 Fälle auf insgesamt 3.568.209 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 65.566 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 4.012 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.316 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
18.01.2021	3.552.888	Der Präsident der autonomen russischen Republik Baschkortostan, Radij Chabirow, gibt bekannt, dass ab sofort Menschen, die gegen Covid-19 geimpft sind oder durch eine Vorerkrankung Antikörper haben, einen sogenannten »Anti-Covid-Ausweis« beantragen können. Menschen über 65 Jahre können durch Vorlage des Passes die geltenden Kontaktbeschränkungen für ihre Altersgruppe umgehen. Außerdem soll es für Inhaber:innen des Dokuments weniger Beschränkungen in Geschäften und öffentlichen Einrichtungen geben. Darüber hinaus hofft die Regierung, dass die Impfung durch die Maßnahme populärer wird.
18.01.2021	3.552.888	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 22.857 Fälle auf insgesamt 3.591.066 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 66.037 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.679 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.287 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
19.01.2021	3.574.330	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.734 Fälle auf insgesamt 3.612.800 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 66.623 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Sankt Petersburg mit 3.281 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.115 neue Fälle meldet Moskau.
20.01.2021	3.595.136	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.152 Fälle auf insgesamt 3.633.952 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 67.220 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Sankt Petersburg mit 3.347 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.452 neue Fälle meldet Moskau. Damit verzeichnet Moskau den niedrigsten Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Ende September 2020.
20.01.2021	3.595.136	Der »Russische Direktinvestment Fonds« beantragt die Zulassung des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« in der Europäischen Union. »Sputnik V« ist bereits in mehreren Ländern zugelassen, darunter unter anderem Argentinien, Algerien und Palästina.
21.01.2021	3.616.680	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.877 Fälle auf insgesamt 3.655.839 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 67.832 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.458 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.112 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
21.01.2021	3.616.680	Als erstes Land der Europäischen Union lässt Ungarn den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate melden die Zulassung des Impfstoffs.
21.01.2021	3.616.680	Der Gouverneur der Oblast Moskau, Andrej Worobjow, gibt bekannt, dass die Einwohner:innen der Oblast nach Erhalt einer Impfung gegen Covid-19 eine elektronische Bescheinigung in Form eines QR-Codes erhalten sollen. Diese soll in der Zukunft überall dort zum Einsatz kommen, wo es notwendig werden wird, die eigene Immunität zu bestätigen, so Worobjow.
22.01.2021	3.637.862	Die Regierung der Oblast Sachalin gibt bekannt, dass eine Einreise in die Region ab sofort nur noch gegen Vorlage eines negativen Covid-19-Tests oder eines digitalen Nachweises über eine erfolgte Impfung möglich ist.
22.01.2021	3.637.862	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.513 Fälle auf insgesamt 3.677.352 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 68.412 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Sankt Petersburg mit 3.104 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 3.037 neue Fälle meldet Moskau.
23.01.2021	3.658.447	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 20.921 Fälle auf insgesamt 3.698.273 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 68.971 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Sankt Petersburg mit 3.056 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.668 neue Fälle meldet Moskau.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
24.01.2021	3.679.247	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 21.127 auf insgesamt 3.719.400 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 69.462 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 3.069 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.929 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
25.01.2021	3.698.246	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.290 Fälle auf insgesamt 3.738.690 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 69.918 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.382 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.116 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
25.01.2021	3.698.246	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin ordnet die Aufhebung der wegen der Verbreitung des Coronavirus geltenden Einreisebeschränkungen für Finnland, Vietnam, Indien und Katar an.
26.01.2021	3.716.228	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.241 Fälle auf insgesamt 3.756.931 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 70.482 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.317 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 1.510 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
26.01.2021	3.716.228	Anna Popowa, Leiterin der russischen Verbraucherschutzbehörde »Roskomnador«, gibt bekannt, dass es nur noch in drei Föderationssubjekten einen Anstieg des Covid-19-Inzidenzwertes gibt. Dies betrifft die Jüdische Autonome Oblast, die Oblast Kostroma und die Oblast Smolensk. In den übrigen Gebieten sei der Inzidenzwert stabil oder gehe zurück. Die Zahl der Covid-19-Patient:innen, die in Krankenhäusern behandelt werden, sei in den vergangenen vier Wochen um 17 Prozent gesunken.
27.01.2021	3.733.692	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 17.741 Fälle auf insgesamt 3.774.672 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 71.076 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 1.837 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 1.813 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
27.01.2021	3.733.692	Der Gouverneur der Oblast Sachalin, Walerij Limarenko, hebt die aufgrund der Coronavirus-Pandemie seit Mai 2020 geltenden Einreisebeschränkungen in die Oblast mit sofortiger Wirkung auf. Dies teilte der Pressedienst der Regionalregierung mit. Bisher war eine Einreise nur mit dem Nachweis eines negativen Covid-19-Testergebnisses erlaubt.
28.01.2021	3.752.548	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.138 Fälle auf insgesamt 3.793.810 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 71.651 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.897 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.128 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.
28.01.2021	3.752.548	Die stellvertretende Moskauer Bürgermeisterin Anastasija Rakowa teilt mit, dass seit Beginn der Covid-19-Impfkampagne rund 320.000 Moskauer:innen geimpft worden seien. In Moskau wird seit dem 05. Dezember 2020 systematisch geimpft.
28.01.2021	3.752.548	Der Gouverneur der Oblast Sewastopol, Michail Raswoshajew, gibt bekannt, dass ein großer Teil der zur Eindämmung des Coronavirus geltenden Einschränkungen ab dem 01. Februar 2021 zurückgenommen wird. Touristische Übernachtungen werden wieder erlaubt, die Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke werden nur noch als Empfehlung ausgesprochen. Restaurants dürfen wieder uneingeschränkt öffnen, größere Veranstaltungen sind jedoch noch nicht erlaubt. Auch Kinos und Theater dürfen wieder unter der Maßgabe öffnen, nur 30 Prozent der verfügbaren Plätze zu besetzen. Die verschärften Einschränkungen galten seit Oktober 2020. Bisher verzeichnete die Oblast 9.000 Infektionsfälle. Den höchsten Anstieg innerhalb von 24 Stunden gab es mit 102 Fällen am 26. Januar 2021.
29.01.2021	3.771.514	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.238 Fälle auf insgesamt 3.813.048 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 72.185 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.799 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.284 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.

Datum	Covid-19-Fälle in Russland (Zahlen der Johns-Hopkins-Universität)*	Ereignis
29.01.2021	3.771.514	Turkmenistan lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »EpiVakKorona« zu. Damit ist Turkmenistan das erste Land neben Russland, in dem der Impfstoff offiziell zugelassen ist.
29.01.2021	3.771.514	Die Stadtverwaltung von Sankt Petersburg hebt die für gastronomische Betriebe geltenden Beschränkungen der Öffnungszeiten auf. Außerdem dürfen Kinos und Theater unter der Maßgabe, nur 50 Prozent der vorhandenen Plätze zu besetzen, wieder öffnen. Als Maßnahme zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie durften gastronomische Betriebe seit Anfang Dezember 2020 nur tagsüber öffnen.
29.01.2021	3.771.514	Die Behörden von Sankt Petersburg verlängern das wegen der Coronavirus-Pandemie bis zum 31. Januar 2021 geltende Verbot öffentlicher Veranstaltungen, einschließlich Einzelprotesten und Kundgebungen bis zum 28. Februar 2021.
29.01.2021	3.771.514	Die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Kontaktbeschränkungen für Menschen über 65 Jahre und chronisch Kranke in Sankt Petersburg werden bis zum 28. Februar verlängert.
30.01.2021	3.790.265	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 19.032 Fälle auf insgesamt 3.832.080 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 72.697 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Sankt Petersburg mit 2.512 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.430 neue Fälle meldet Moskau.
31.01.2021	3.808.348	Die Zahl der offiziell bestätigten Coronavirus-Infektionen ist in Russland innerhalb der vergangenen 24 Stunden um 18.359 Fälle auf insgesamt 3.850.439 angestiegen. Offiziell gibt es seit Beginn der Pandemie 73.182 Todesfälle. Den höchsten Zuwachs verzeichnet Moskau mit 2.284 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden, 2.160 neue Fälle meldet Sankt Petersburg.

*Quelle: Johns-Hopkins-Universität, Stand 31.01.2021; die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

11. – 31. Januar 2021

11.01.2021	In Moskau trifft sich der russische Präsident Wladimir Putin mit seinem Amtskollegen aus Aserbaidschan, Ilham Alijew, und dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan. Es ist das erste persönliche Aufeinandertreffen des russischen mit dem armenischen Staatsoberhaupt seit Ausbruch der Kampfhandlungen in Bergkarabach im Herbst 2020. Im Anschluss an das Treffen lobte Putin die Umsetzung des im November unter Vermittlung Russlands unterzeichneten Friedensabkommens.
12.01.2021	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« meldet, dass die Inflation in Russland im Jahr 2020 bei 4,9 Prozent gelegen habe. Damit lag die Inflation so hoch wie seit 2016 nicht mehr, als die russische Wirtschaft in einer tiefen Krise steckte. Damals lag sie bei 5,4 Prozent.
13.01.2021	Der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj, der sich seit August 2020 nach einem Giftanschlag auf seine Person mit dem Nervengift »Nowitschok« zur Behandlung in Deutschland aufhält, kündigt an, am 17. Januar 2021 nach Russland zurückzukehren. Er werde mit der Fluggesellschaft »Pobeda« (dt. »Sieg«) von Berlin nach Moskau reisen. Der Föderale Strafvollzugsdienst reichte bereits am 12. Januar 2021 einen Antrag auf Überprüfung der Bewährungsstrafe Nawalnyjs im Fall seiner Verurteilung im sogenannten »Yves Rocher Prozess« aus dem Jahr 2014 beim Moskauer Simonowskij-Bezirksgericht ein. Nawalnyj wird vorgeworfen, mit seiner Ausreise gegen die Auflagen der Bewährung verstoßen zu haben.

14.01.2021	Die Föderale Strafvollzugsbehörde in Moskau bestätigt, dass der Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj Ende 2020 auf die Fahndungsliste gesetzt wurde und kündigt an, dass Nawalnyj bei Betreten russischen Bodens festgenommen werde. Nawalnyj hatte am Vortag seine Rückkehr nach Russland angekündigt.
17.01.2021	Nach seiner Landung auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo wird der russische Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj festgenommen. Er habe gegen die Bewährungsaufgaben aus der Verurteilung im sogenannten Fall Yves Rocher von 2014 verstoßen, heißt es zur Begründung. Nawalnyj kehrte aus Deutschland zurück, wo er sich seit August 2020 zur Behandlung nach einem Giftanschlag auf seine Person befand. Der Flug sollte ursprünglich in Moskau-Wnukowo ankommen, wurde aber umgeleitet. In Wnukowo wurden 59 Personen festgenommen, als die Sicherheitskräfte die versammelten Unterstützer:innen Nawalnyjs aus dem Flughafengebäude drängten.
18.01.2021	In einer kurzfristig einberufenen Gerichtsverhandlung in der Polizeistation der Stadt Chimkij, in die der Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj nach seiner Verhaftung am 17. Januar 2021 gebracht worden war, ordnet die Richterin für diesen 30 Tage Untersuchungshaft an. Nawalnyj wird vorgeworfen, gegen seine Bewährungsaufgaben aus seiner Verurteilung im sogenannten Fall Yves Rocher im Jahr 2014 verstoßen zu haben. Insbesondere sei sein Aufenthaltsort seit seiner Entlassung aus der Berliner Klinik Charité Ende September 2020, in der Nawalnyj nach einem Giftanschlag auf seine Person behandelt worden war, den russischen Behörden nicht bekannt gewesen. Nawalnyj war deshalb am 29. Dezember 2020 zur Fahndung ausgeschrieben worden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte das Urteil im Yves Rocher-Prozess bereits im Jahr 2017 als »willkürlich und rechtswidrig« bezeichnet.
18.01.2021	Als Reaktion auf die Ausweisung zweier russischer Diplomaten aus den Niederlanden im Dezember 2020 weist Russland zwei niederländische Diplomaten aus.
19.01.2021	Der vom russischen Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründete »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) veröffentlicht ein von Nawalnyj produziertes Video, in dem er über einen Palast in der Schwarzmeerstadt Gelentschik berichtet, der angeblich dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gehören soll. Das Video bricht auf Youtube Zuschauerrekorde. Innerhalb weniger Stunden wurde es 18 Millionen Mal geklickt. Finanziert sei der Bau durch Gelder russischer Oligarch:innen, die die Ausgaben als Spenden für wohltätige Zwecke deklariert hätten. Kremlsprecher Dmitrij Peskow dementiert die Vorwürfe.
21.01.2021	Ljubow Sobol, Anwältin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), wird in Moskau festgenommen. Sie hatte dazu aufgerufen, am 23. Januar 2021 an landesweiten Protesten zur Unterstützung Nawalnyjs teilzunehmen. Unter dem gleichen Vorwurf wird auch Nawalnyjs Pressesprecherin Kira Jarmysch festgenommen.
21.01.2021	Die russische Oppositionspartei »Sprawedliwaja Rossija« (dt. »Gerechtes Russland«) gibt ihre Fusion mit den Parteien »Patrioty Rossii« (dt. »Patrioten Russlands«) und »Sa Prawdy« (dt. »Für die Wahrheit«) bekannt. Der Vorsitzende von »Sprawedliwaja Rossija« kündigte an, auch der Vorsitzende der neu entstehenden Partei zu werden.
22.01.2021	In Nowosibirsk wird Sergej Bojko, Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), festgenommen. Ihm wird die Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung vorgeworfen. Nawalnyj und sein Team hatten zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 aufgerufen. Unter demselben Vorwurf wird auch ein Mitarbeiter des Regionalbüros in Kaliningrad festgenommen.
22.01.2021	Die am 21. Januar 2021 festgenommene Pressesprecherin des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, Kira Jarmysch, wird zu neun Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Moskauer Sawelowkskij-Bezirksgericht befindet sie der Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung für schuldig. Nawalnyj und sein Team hatten zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 aufgerufen.
22.01.2021	Der Vorsitzende des Europarats, Charles Michel, und der russische Präsident Wladimir Putin sprechen in einem gemeinsamen Telefonat über die Verhaftung des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj nach dessen Rückkehr nach Russland am 17. Januar 2021. Michel drückte dabei die »ernste Besorgnis« der EU und ihrer Mitgliedsstaaten über die Entwicklungen aus und forderte die Achtung der Rechte Nawalnyjs. Er forderte darüber hinaus die sofortige Freilassung Nawalnyjs.
22.01.2021	In Krasnodar wird die Leiterin des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Anastasija Pantschenko, zu zehn Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Ihr wird die Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung vorgeworfen. Nawalnyj und sein Team hatten zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 aufgerufen.

22.01.2021	Die am 21. Januar 2021 festgenommene Anwältin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Ljubow Sobol, wird vom Moskauer Simonowskij-Bezirksgericht zu einer Geldstrafe von 250.000 Rubel (etwa 2.700 Euro) verurteilt. Sobol wird der wiederholten Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung für schuldig befunden. Sie hatte gemeinsam mit dem »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 aufgerufen.
22.01.2021	In Wolgograd wird der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Jewegenij Kotschegin, zu sieben Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Ihm wird die Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung vorgeworfen. Nawalnyj und sein Team hatten zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 aufgerufen.
23.01.2021	In mehr als 120 russischen Städten finden Protestaktionen zur Unterstützung des am 17. Januar 2021 festgenommenen russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj statt. Allein in Moskau nehmen nach Angaben des Organisationsteams rund 40.000 Menschen an der Kundgebung teil. Die lokalen Behörden hatten die Kundgebungen im Vorfeld nicht genehmigt. Nach Angaben der Nichtregierungsorganisation OWD-Info wurden landesweit 3.711 Personen festgenommen.
23.01.2021	In Moskau wird der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Oleg Stepanow, festgenommen. Das Simonowskij-Bezirksgericht verurteilt ihn noch am Nachmittag zu fünf Tagen Verwaltungshaft wegen der Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen. Auch in Sankt Petersburg wird die Leiterin des Regionalbüros des »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Irina Fatjanowa, festgenommen.
23.01.2021	Der am 22. Januar 2021 festgenommene Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Nowosibirsk, Sergej Bojko, wird zu 28 Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Gericht befindet ihn der wiederholten Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung für schuldig. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.
23.01.2021	In Moskau wird die Anwältin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Ljubow Sobol, verhaftet. Sobols Anwalt Wladimir Woronin gibt bekannt, dass gegen sie ein Strafverfahren wegen wiederholten Verstoßes gegen die Regeln zur Organisation und Durchführung einer Massenveranstaltung eingeleitet werde. Am 22. Januar 2021 war Sobol wegen der wiederholten Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung bereits zu einer Geldstrafe von 250.000 Rubel (etwa 2.700 Euro) verurteilt worden. Sie hatte gemeinsam mit dem »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 aufgerufen.
23.01.2021	Julija Iwanowa, Sprecherin des russischen Ermittlungskomitees, teilt mit, dass Ermittlungen zum Einsatz von Gewalt gegen Sicherheitskräfte auf der heutigen Kundgebung in der russischen Hauptstadt eingeleitet würden. Der von Aleksej Nawalnyj gegründete »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) hatte zu landesweiten Protesten aufgerufen. Diesem Aufruf waren allein in Moskau nach inoffiziellen Schätzungen rund 40.000 Menschen gefolgt. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstrierenden.
24.01.2021	Der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Belgorod, Maksim Klimow, wird zu neun Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Gericht befindet ihn der Organisation einer nicht genehmigten Massenveranstaltung für schuldig. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.
24.01.2021	In Samara werden der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Sergej Podsytnik, sowie drei weitere Mitarbeitende festgenommen. Gegen sie wird wegen der Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung ermittelt. Auch der Leiter des Regionalbüros in Pensa, Anton Strunin, wird festgenommen. Das Oktjabrskij-Bezirksgericht in Pensa verurteilt ihn zu fünf Tagen Verwaltungshaft. Außerdem werden Oleg Jemeljanow, Leiter des Regionalbüros des »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Kasan, Iwan Jelisejew, Leiter des Regionalbüros in Udmurtien, Lilika Tschanschewa, Leiterin des Regionalbüros in Ufa, und Artjom Fajsulim, Anwalt des Regionalbüros in Perm festgenommen. Auch ihnen wird die Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung vorgeworfen. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.
24.01.2021	In Sankt Petersburg wird die am Vortag festgenommene Leiterin des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Irina Fatjanowa, zu sechs Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Gericht befindet sie der Organisation einer nicht genehmigten Veranstaltung für schuldig. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.

24.01.2021	Marija Aljochina, Mitglied der Aktivistengruppe »Pussy Riot«, wird vom Presnenskij-Bezirksgericht in Moskau zu einer Geldstrafe in Höhe von 30.000 Rubel (etwa 325 Euro) verurteilt. Das Gericht befindet sie für schuldig, in den sozialen Netzwerken zur Teilnahme an einer nicht genehmigten Kundgebung aufgerufen zu haben. Sie soll den Aufruf zu landesweiten Protesten am 23. Januar 2021 von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj und dem von ihm gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) unterstützt haben.
25.01.2021	Das Wachtowskij-Bezirksgericht in Kasan verhängt insgesamt 143 Geldstrafen gegen Teilnehmende der Protestkundgebung zur Unterstützung von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj am 23. Januar 2021. Fünf Teilnehmende der Proteste in Nowgorod werden vom örtlichen Bezirksgericht ebenfalls zu Geldstrafen verurteilt. Auch in den süd- und nordkaukasischen Föderationsbezirken werden mindestens 19 Personen zu Geldstrafen verurteilt.
25.01.2021	Artjom Jaumbajew, Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Tscheljabinsk, wird zu neun Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Gericht befindet ihn der Organisation einer nicht genehmigten Veranstaltung für schuldig. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen. Fünf weitere Teilnehmende der Kundgebung in Tscheljabinsk werden ebenfalls zu Verwaltungshaftstrafen verurteilt.
25.01.2021	Stanislaw Kalinitschenko, Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Kemerowo, wird zu sieben Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Das Gericht befindet ihn der Organisation einer nicht genehmigten Veranstaltung für schuldig. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.
25.01.2021	In mehreren sibirischen Städten werden Mitarbeitende des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) verhaftet. In Barnaul wird der Leiter des Regionalbüros, Wadim Ostanin, zu zehn Tagen Verwaltungshaft verurteilt. In Irkutsk befindet das Gericht Sachar Sarapukow, stellvertretender Leiter des Regionalbüros, der Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung für schuldig und verurteilt ihn zu zehn Tagen Verwaltungshaft. Die Pressesprecherin des Regionalbüros in Krasnojarsk, Anna Korsakowa, wird zu acht Tagen Hausarrest verurteilt.
25.01.2021	Uljana Solopowa, Sprecherin des Moskauer Stadtgerichts, gibt bekannt, dass es im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Protestkundgebung zur Unterstützung des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj am 23. Januar 2021 insgesamt 448 Anzeigen gegeben habe. Bisher wurden 30 Teilnehmende zu Verwaltungshaftstrafen zwischen sieben und 15 Tagen verurteilt. 64 Bußgelder zwischen 10.000 und 250.000 Rubel (etwa 108 bis 2.700 Euro) wurden verhängt. Während der Proteste wurden allein in Moskau laut Angaben der Moskauer Menschenrechtsbeauftragten Tatjana Potjajewa mehr als 1.000 Menschen festgenommen.
26.01.2021	Russland und die USA einigen sich auf die Verlängerung des sogenannten »New-Start-Vertrags« zur atomaren Abrüstung. Der im Jahr 2011 in Kraft getretene Vertrag begrenzt die Anzahl der Atomsprenköpfe sowie der atomaren Trägersysteme und wäre am 05. Februar 2021 ausgelaufen.
27.01.2021	Iwan Shdanow, Direktor des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) gibt bekannt, dass in Nawalnyjs Moskauer Wohnung eine Durchsuchung stattgefunden habe. Auch die Wohnungen seiner Ehefrau Julija sowie seines Bruders Oleg seien durchsucht worden. Nach Angaben von Shdanow seien die Durchsuchungen im Rahmen eines Strafverfahrens wegen der Verletzung sanitärer und epidemiologischer Regelungen, die zu einer Massenansteckung führen, durchgeführt worden. In diesem Zusammenhang wird auch das Moskauer Büro des »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) durchsucht. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.
28.01.2021	Das russische Ermittlungskomitee teilt mit, dass gegen Leonid Wolkow, Leiter des Hauptbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« in Moskau, ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Wolkow hatte in Youtube-Videos zur Teilnahme an landesweiten Kundgebungen am 23. Januar 2021 aufgerufen. Laut Ermittlungskomitee habe er damit Jugendliche zu rechtswidrigen Handlungen aufgerufen und bewusst dazu aufgefordert, die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden Hygienemaßnahmen und Kontaktbeschränkungen zu missachten.
28.01.2021	Nach einer vorläufigen Schätzung der russischen Statistikbehörde »Rosstat« sank die Bevölkerungszahl in Russland im Jahr 2020 das erste Mal seit 15 Jahren um mehr als eine halbe Million Menschen. Am 01. Januar 2021 betrug die Bevölkerungszahl 146.238.185, im Gegensatz zum 01. Januar 2020 mit 146.748.643 Menschen. Ein solch hoher Rückgang wurde zuletzt im Jahr 2005 registriert.
29.01.2021	Die Leiterin des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Sankt Petersburg, Irina Fatjanowa, wird vom Dsershinskij-Bezirksgericht in Sankt Petersburg zu zehn Tagen Verwaltungshaft verurteilt. Fatjanowa war bereits am 24. Januar 2021 wegen der Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung zu sechs Tagen Haft verurteilt worden. Nawalnyj und sein Team hatten für den 23. Januar 2021 zu landesweiten Protesten aufgerufen.

29.01.2021	Der Leiter des Regionalbüros des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) in Wolgograd, Fjodor Kunizkij, wird festgenommen. Kunizkij war bereits am 22. Januar wegen der Organisation einer nicht genehmigten öffentlichen Veranstaltung festgenommen und zu sieben Tagen Verwaltungshaft verurteilt worden. Nun wird ihm vorgeworfen, aus der Haft heraus zur Teilnahme an der Protestkundgebung vom 23. Januar 2021 sowie der für den 31. Januar 2021 geplanten Protestkundgebung aufgerufen zu haben.
29.01.2021	Das Twerskoj-Bezirksgericht in Moskau nimmt den Bruder des russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj bis zum 23. März 2021 unter Hausarrest. Gegen ihn wird wegen der Verletzung der geltenden sanitären und epidemiologischen Regelungen während der Protestkundgebung am 23. Januar 2021 in Moskau ermittelt. Unter demselben Vorwurf werden auch die »Pussy Riot«-Aktivistin Marija Aljochina und die Anwältin des »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Ljubow Sobol, bis zum 23. März 2021 unter Hausarrest gestellt.
29.01.2021	Der russische Oligarch und Vertrauter des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Arkadij Rotenberg, gibt bekannt, er sei der Inhaber des von Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj in einem Enthüllungsvideo Wladimir Putin zugeschriebenen Palastes im südrussischen Gelentschik. Er habe es vor einigen Jahren erworben und werde es in den kommenden Jahren zu einem Apartment-Hotel umbauen lassen. Das Mitte Januar von Nawalnyj auf Youtube veröffentlichte Video ging viral und wurde bisher über 100 Millionen Mal aufgerufen. Putins Sprecher Dmitrij Peskow hatte mehrmals betont, er kenne den Inhaber des Areals nicht, der russische Präsident sei es ebenfalls nicht.
30.01.2021	Kira Jarmysch, Pressesprecherin des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), wird mit einer neuntägigen Verwaltungshaftstrafe belegt. Ihr wird vorgeworfen, auf der vom »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) organisierten Kundgebung am 23. Januar 2021 gegen die aufgrund der Coronavirus-Pandemie geltenden epidemiologischen Bestimmungen verstoßen zu haben.
31.01.2021	Landesweit gehen tausende Menschen zur Unterstützung des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj auf die Straße. Laut Zählungen der Nichtregierungsorganisation OWD-Info kommt es dabei zu mehr als 5.000 Festnahmen, darunter ist auch die Ehefrau Nawalnyjs, Julija Nawalnaja. In Moskau schlossen die Behörden im Vorfeld zahlreiche Metrostationen und forderten die gastronomischen Betriebe auf, ihre Geschäfte geschlossen zu halten und ihr WLAN abzuschalten.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

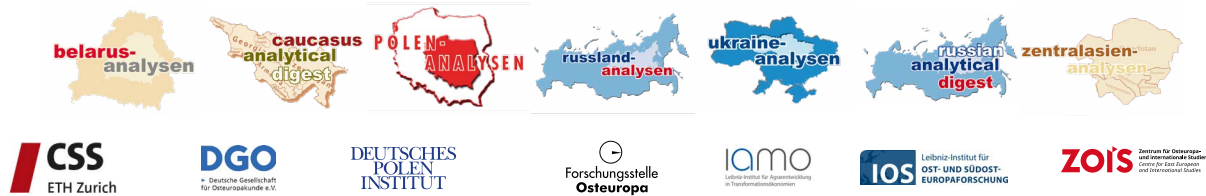
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.